

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Ulrich von Alemann
Der Wandel
organisierter Interessen
in der Bundesrepublik
Erosion oder Transformation?

Joachim Raschke
Soziale Konflikte
und Parteiensystem
in der Bundesrepublik

ISSN 0479-611 X

B 49/85
7. Dezember 1985

Ulrich von Alemann, Dr. phil., geb. 1944; Master of Arts, Professor für Politikwissenschaft an der Fernuniversität Hagen; seit 1972 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bonn, ab 1978 Professuren an der Pädagogischen Hochschule Rheinland und an der Universität/Gesamthochschule Duisburg, seit 1984 in Hagen; Mitglied des Direktoriums des Rhein-Ruhr-Instituts für Politikberatung (RISP) an der Universität-GH-Duisburg.

Veröffentlichungen u. a.: Parteiensysteme im Parlamentarismus, 1973; (mit Erhard Forndran) Methodik der Politikwissenschaft, 1985³; (Hrsg.) Partizipation — Demokratisierung — Mitbestimmung, 1978²; (Hrsg. zusammen mit Rolf G. Heinze) Verbände und Staat, 1981²; (Hrsg.) Neokorporatismus, 1981; (Hrsg.) Parteien und Wahlen in NRW, 1985.

Joachim Raschke, Dr. phil., geb. 1938; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Innerparteiliche Opposition, Hamburg 1974; Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien, Opladen 1977; (Hrsg.) Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek bei Hamburg 1978; (mit Detlef Murphy u. a.) Protest. GRÜNE, Bunte und Steuerrebell, Reinbek bei Hamburg 1979; (Hrsg.) Bürger und Parteien, Opladen 1982; Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt-New York 1985.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46040, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der Wandel organisierter Interessen in der Bundesrepublik

Erosion oder Transformation?

I. Einleitung

Organisierte Interessen sind allgegenwärtig im liberal-demokratisch verfaßten politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Von der losen Bürgerinitiative über den eingetragenen Verein, von der umfassenden Einheitsgewerkschaft über den mächtigen Verband der Pharmazeutischen Industrie, von der Humanistischen Union bis hin zum ADAC — all diese Formen von organisierten Interessen sind der eigentliche Vermittlungsstoff zwischen Mikrobereich des Individuums und Makroebene der politischen Institutionen.

Ein beweglicher intermediärer Bereich organisierter Interessen ist geradezu das Kennzeichen eines relativ offenen Gesellschaftssystems gegenüber der Geschlossenheit autoritärer Regime, für die staatliche Kontrolle aller gesellschaftlichen Organisationsformen charakteristisch ist.

Der gesamte intermediäre Bereich zwischen der Lebenswelt des einzelnen und seinen Primärgruppen mit unmittelbarem Kontakt im Alltag einerseits und dem Bereich politisch-administrativer Entscheidungen andererseits umfaßt viel mehr als die organisierten Interessen. Dazu gehören die politischen Parteien ebenso wie die Massenmedien. Da die öffentliche Kommunikation und die ökonomische Kommunikation in Form der Konsumwerbung fast ausschließlich über Massenmedien vermittelt wird, sind diese neben den Parteien und Interessenorganisationen die dritte Säule des gesamten intermediären Bereichs.

Die Medien können in diesem Beitrag aber nur am Rande angesprochen werden, und zwar immer dann, wenn sie für den Wandel organisierter Interessen bedeutsam sind. Auch die politischen Parteien, die den organisierten Interessen oft so nahe stehen, daß sie kaum unterscheidbar werden, sollen hier im Hintergrund bleiben.

Dabei ist für die politische Entscheidungsbildung gerade das Zusammenwirken von Parteien und Verbänden eines der wichtigsten Charakteristika. Obwohl beide in ihrer histo-

rischen Entstehung gemeinsam Kinder der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts sind, obwohl sich ihre Funktionen und Strukturen auch heute vielfach überlappen¹⁾, werden die Parteien hier in dieser Darstellung abgetrennt, um sich besser auf die Veränderungstendenzen organisierter Interessen konzentrieren zu können.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten erleben wir in der Bundesrepublik einen immer schnelleren Wechsel von Kristallisationskernen öffentlicher Aufmerksamkeit und von Anknüpfungspunkten für eine Organisation von Interessen: Studentenbewegung, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Volkszählungsboikottbewegung. Etablierte Großorganisationen wie Gewerkschaften, Parteien oder Sportverbände beklagen einen nachlassenden Organisationsgrad; sie erfahren insbesondere einen Schwund jugendlicher Mitglieder.

Erleben wir hier einen Zerfall der Interpretations- und Organisationskraft großer Gruppen und Verbände? Stehen wir vor einer Erosion des Systems organisierter Interessen? Zerfallen die Grundlagen für die Herausbildung fester Gruppeninteressen, weil sich für eine wachsende Zahl von Individuen die dauerhaften und damit organisierbaren Interessenbildungen verflüssigen und verflüchtigen? Lösen sich die arbeits- und berufsbezogenen Positionsbestimmungen durch Strukturkrise und Strukturwandel der Wirtschaft immer weiter auf²⁾?

Damit ist ein erster Fragenkomplex nach der Erosion der Interessenvermittlung formuliert. Können aber nicht all diese Tendenzen auch auf eine normale Transformation hindeuten?

¹⁾ Vgl. Carola Schulz, *Der gezähmte Konflikt. Zur Interessenverarbeitung durch Verbände und Parteien*, Opladen 1984.

²⁾ Theo Schiller, *Interaktionsmuster zwischen Parteien, Verbänden und Bewegungen*, in: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen 1984, S. 496—504.

Ist eine durchaus grundlegende Veränderung der Organisation von Interessen im Gange, die aber keineswegs zur Auflösung führen muß? Sind nicht Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, ganz allgemein soziale Bewegungen auch organisierte Interessen, nur eben von einem anderen Typus als etablierte Verbände? Waren nicht manche, wie die Gewerkschaften, in ihrer Frühzeit ebenfalls nichts anderes als soziale Bewegungen?

Die Hauptfragestellungen des vorliegenden Beitrages werden sich auf eben diese Wandlungstendenzen von Form und Inhalt des Systems organisierter Interessen richten. Führen die Wandlungstendenzen zu einer bedrohlichen Erosion oder zu einer bedeutsamen Transformation der Interessenvermittlung? Lösen sich traditionelle Formen der Interessenvermittlung auf, etablieren sich neue Muster der politischen Form? Schwächen die ökonomischen und ökologischen Krisenerscheinungen durch Überlastung und Überbeanspruchung der politischen und gesellschaftlichen Vermittlungsinstrumente die Substanz des politischen Systems oder ist im Gegenteil eine Stärkung, eine reinigende, aktivierende, mobilisierende und motivierende Wirkung durch die Krisen zu beobachten?

II. Der Begriff „organisiertes Interesse“

Organisierte Interessen umgreifen ein breites Feld, dessen Grenzen nur vage mit der Mikroebene direkter persönlicher Sozialbeziehungen des einzelnen einerseits und der Makroebene formaler politischer Institutionen, aber auch formaler ökonomischer Organisationen andererseits abgesteckt werden kann. Der Begriff „organisiertes Interesse“ ist deshalb weiter als andere verwandte Begriffe wie Verbände, Interessengruppen, pressure groups usw., weil mit organisierten Interessen zwei Aktivitätsformen zusammengefaßt werden. Zum einen ist dies die nach innen gerichtete Organisation gemeinsamer Interessen (z. B. eines Sportvereins oder einer sozialen Selbsthilfeorganisation), zum anderen die nach außen gerichtete Organisierung gemeinsamer Interessen gegenüber anderen Gruppen oder der politischen Willensbildung (z. B. eine Gewerkschaft, ein Berufsverband oder der Mieterbund). In der Realität verbinden sich häufig beide Aktionsformen organisierter Interessen. Ein typisches Beispiel ist der ADAC, der gleichzeitig Autosportclub, Autofahrerverbraucherverband, Serviceorganisation und Autolobby in einem ist.

Die beiden Kernbegriffe Organisation und Interesse verkörpern eher unscheinbare Aller-

Die Hauptthese dieses Beitrages wird sein, daß gerade der Wandel der Formen organisierter Interessenpolitik deren hervorragenden Kennzeichen ist. Es gibt kein finales Modell der Interessenvermittlung, sondern durch deren Widersprüchlichkeit ein schnelles und sensibles Reagieren auf gesellschaftlichen Wandel.

Diese Hauptthese soll am Schluß wieder aufgenommen werden. Zunächst soll der recht diffuse Begriff „organisierte Interessen“ eingegrenzt, dann ein Überblick der organisierten Interessen in der Bundesrepublik gegeben werden, um dem Leser den eigentlichen Gegenstand vorzustellen. Schon bei der Übersicht der unterschiedlichen Verbandsformen und -typen wird auf Wandlungstendenzen aufmerksam gemacht. Im nächsten Schritt werden anhand von Leitfragen die wichtigsten Erklärungsversuche aus der wissenschaftlichen Diskussion zur Organisation von Interessen eingeführt. Danach werden mit drei Fallbeispielen — Umweltschutz, Informationsgesellschaft, Parteienfinanzierung — Veränderungen von Form, Inhalt und Methoden organisierter Interessen illustriert. Ein abschließendes Fazit versucht eine Antwort auf die Eingangsfrage zu formulieren.

weltsvokabeln und sind dennoch Schlüsselkategorien der Sozialwissenschaften und insbesondere der politischen Soziologie. „Unsere Gesellschaft ist eine organisierte Gesellschaft“³⁾ — dies stellt die Organisationssoziologie fest. „In Organisationen oder in engem Kontakt mit ihnen verbringt der einzelne als Mitglied, Klient oder Kunde oder in anderer Weise Betroffener einen wesentlichen Teil seines Lebens. In Organisationen wird er geboren, erzogen, gebildet und ausgebildet, verwahrt und umerzogen. Von Organisationen wird er versorgt, betreut, gestützt und kontrolliert. In Organisationen übt er seinen Beruf aus und geht er seiner Arbeit nach, verdient er seinen Lebensunterhalt und macht er Karriere — oder auch nicht. In Organisationen erfährt er aber auch, was Kooperation und Konflikt, was Status und Prestige, was Herrschaft und Abhängigkeit, was Fremd- und Selbstbestimmung, was Schicht- und Klassenzugehörigkeit bedeuten.“⁴⁾

Der Allgegenwart von Organisationen widmet die Soziologie intensive Aufmerksamkeit.

³⁾ Amitai Etzioni, Soziologie der Organisationen, München 1967, S. 9.

⁴⁾ Günter Büschges, Organisation und Herrschaft, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 14.

Günter Büschges schlägt folgende Definition vor: „Organisationen sind von Menschen erfindene, zur Verwirklichung spezifischer Zwecke geschaffene, planmäßig gestaltete, herrschaftlich verfaßte und relativ dauerhafte soziale Gebilde mit formalisierten Mitgliedschaftsbedingungen, Ein- und Austrittsregelungen, arbeitsteilig differenzierten und hierarchisch oder demokratisch geordneten Positionen und Rollen, festgelegten Arbeitsprogrammen, zurechenbaren Aktionen und teils integrierenden, teils konfligierenden Strukturen und Prozessen.“⁵⁾

Für die Organisationssoziologie ist somit jedes gewerbliche Unternehmen, jede Verwaltung, jede staatliche Institution oder kirchliche Körperschaft, jede Armee oder supranationale Einheit wie die UNO eine Organisationsform. Dies eröffnet gerade für die Analyse von Organisation und Herrschaft wichtige Querbezüge für alle Grundtatbestände organisierten Handelns in der Gesellschaft.

Der hier verwendete politikwissenschaftliche Begriff „organisierte Interessen“ soll indessen enger gefaßt werden, da nur freiwillige Zusammenschlüsse außerhalb von Erwerbstätigkeit und von politischen Parteien erfaßt werden sollen. Und er soll den Organisationsbegriff weit fassen, denn auch spontane, kurzfristige oder lose verbündete Gruppen (wie soziale Bewegungen) weisen die Grundmerkmale von Organisation auf.

Auch das „Interesse“ ist — anders als so bedeutungsschwere politikwissenschaftliche Grundbegriffe wie Macht, Herrschaft, Demokratie, Frieden oder Konflikt — heute ein blasses Wort der Alltagssprache und gleichzeitig doch ein Schlüsselbegriff der politischen Theorie der Neuzeit. Der bürgerliche Liberalismus baute auf dieser Grundkategorie die Rechtfertigung des modernen Kapitalismus auf, wenn Adam Smith verkündete, daß die „privaten Interessen und Leidenschaften die Individuen von Natur aus dazu bewegen, ihr Vermögen in solche geschäftlichen Unternehmungen zu stecken, die in aller Regel für die Gesellschaft am vorteilhaftesten sind“. Nicht weniger ausdrücklich wird der Interessenbegriff in der marxistischen Theorie zum Ausgangspunkt genommen, wenn Marx und Engels konstatieren: „Die ökonomischen Verhältnisse einer gegebenen Gesellschaft stellen sich zunächst dar als Interessen.“⁶⁾

⁵⁾ Ebd.

⁶⁾ Für Quellennachweise beider Zitate und weitere Literatur vgl. Ulrich von Alemann, Interessenvermittlung in Westeuropa: Die Diskussion um Korporatismus in der vergleichenden Politik, in: ders./Erhard Forndran (Hrsg.), Interessenvermittlung und Politik, Opladen 1983, S. 116—142; sowie Peter

Insofern sind Liberalismus und Sozialismus von Anfang an Interessentheorien, obwohl natürlich entgegengesetzt gewendet. Während der Liberalismus bis heute versucht, den Interessenbegriff mit dem Freiheitsbegriff zu verbinden, sucht der Sozialismus diese Verbindung mit dem Gleichheitsbegriff. Aber auch die konservative Theorie, der die egoistischen Einzelinteressen suspekt blieben, entdeckt das „Nationalinteresse“ im außenpolitischen Machthandeln wie auch das „öffentliche Interesse“ im oft vorgeblich allgemeinwohlorientierten innenpolitischen Konflikt.

Eine solche Allgegenwart des Interessenbegriffs macht die Definition nicht eben leichter. Statt einer abschließenden Begriffsbestimmung seien daher drei Dimensionen angeboten, die der Interessenbegriff in der Politikwissenschaft annimmt:

1. Die individuelle Dimension des Interesses ist in den Bedürfnissen und Antrieben des einzelnen Menschen verankert;
2. die materielle Dimension von Interesse verweist auf die Erzielung von Nutzen in der Interaktion mit anderen;
3. die gesellschaftliche Dimension von Interesse verknüpft die individuellen und kollektiven, materiellen und immateriellen Aspekte in der Auseinandersetzung mit konkurrierenden anderen Nutzenprofilen.

Diese vielfältigen gesellschaftlichen, konfliktologischen Bezüge des Interessenbegriffs unterscheiden ihn vom Bedürfnis, das auf der individuellen Ebene noch vom Interesse kaum unterscheidbar bleibt. Charakteristisch für Interessen ist ihre Vielfalt, Variationsbreite und Widersprüchlichkeit. Sie entwickeln sich mit gesellschaftlichem Wandel und bleiben nie statisch stehen.

Zusammenfassend werden hier organisierte Interessen eingegrenzt auf freiwillig gebildete soziale Einheiten mit einer formalen Grundstruktur, die individuelle Bedürfnisse mit materiellem und immateriellem Nutzen gesellschaftlich verknüpfen und dies innerhalb der sozialen Einheit verwirklichen oder gegenüber anderen Gruppen und politischen Institutionen durch Mitwirkung und Einwirkung zur Geltung bringen wollen. Weder allein auf ökonomischen Nutzen gerichtetes Handeln in gewerbsorientierten Unternehmen, noch rein auf Übernahme öffentlicher Ämter gezielte Aktivitäten in politischen Parteien gehören damit zum Bereich organisierter Interessen.

Massing/Peter Reichel (Hrsg.), Interesse und Gesellschaft, München 1977.

III. Das Erscheinungsbild organisierter Interessen

Um Aussagen über den Wandel organisierter Interessen formulieren zu können, kommen wir nicht umhin, zunächst das gesamte Erscheinungsbild organisierter Interessen in der Bundesrepublik kurz Revue passieren zu lassen. Dieses Bild kann sicher nur mit einigen wenigen Strichen skizziert werden, denn der gesamte Bereich ist ein so weites Feld, daß eine umfassende, grundrissartige Gesamtdarstellung, wie sie für das Parteiensystem vorliegt⁷⁾, kaum leistbar ist. Einen zuverlässigen Einblick liefern aber besonders die beiden gut zugänglichen Einführungen von Klaus von Beyme, der mehr international vergleichend arbeitet, und von Jürgen Weber, der sich auf die Bundesrepublik konzentriert, sowie der vergleichende Überblick von Jürgen Hartmann⁸⁾.

Um einen so heterogenen Gegenstand wie die organisierten Interessen in den Griff zu bekommen, bedarf es einer klaren Typologie. Hier beginnen allerdings große Probleme, da die Klassifikation von Interessenorganisationen zu den umstrittensten Fragen des ganzen Forschungsbereichs gehört. Insbesondere wird eine Fülle von Zweiteilungen zur Unterscheidung angeboten: öffentlich/privat, informell/formell, wirtschaftlich/ideell, verfaßt/frei gebildet, hierarchisch/horizontal⁹⁾.

Zur Gewinnung von Typologien werden vier Kriterien besonders häufig eingesetzt:

- die Art von Interessen (z. B. wirtschaftlich-ideell);
- die Organisation von Interessen (z. B. nach Organisationsgrad: formell/informell; nach Organisationsebene: lokal/zentral; nach Organisationsform: privat/öffentlich-rechtlich);
- die historische Genese von Interessen (vorindustrielle, industrielle, nachindustrielle Periode von organisierten Interessen);
- die Handlungsfelder von Interessen in der Gesellschaft (Bereich Ökonomie, Politik, Kultur usw.).

⁷⁾ Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945—1980, zwei Bände, Opladen 1983/84.

⁸⁾ Klaus von Beyme, Interessengruppen in der Demokratie, München 1980; Jürgen Weber, Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1977; Jürgen Hartmann, Verbände in der westlichen Industriegesellschaft, Frankfurt 1985.

⁹⁾ Vgl. dazu Klaus von Beyme (Anm. 8), S. 64 ff., und Jürgen Weber (Anm. 8), S. 71 ff.; sowie die intensive Fallstudie von Peter Raschke, Vereine und Verbände. Zur Organisation von Interessen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1978, S. 35 ff.

Zweifellos gibt es keine endgültige Aufgliederung organisierter Interessen nach objektiven Kriterien. Es wird auch kaum möglich sein, die methodisch strengen Regeln einer klassifikatorischen Typologie — umfassend und widerspruchsfrei, so daß sich jede Einheit zweifelsfrei zuordnen läßt — einzuhalten.

Die Entscheidung für eine Typologie richtet sich deshalb nach pragmatischen Gesichtspunkten und nach Arbeitsinteressen. Die hier vorgeschlagene Typologie orientiert sich an fünf gesellschaftlichen Teilbereichen und Handlungsfeldern (s. u.), denn die in diesem Beitrag zu behandelnde Frage nach Verände-

Typologie von organisierten Interessen nach Handlungsfeldern

1. Organisierte Interessen im Wirtschaftsbereich und in der Arbeitswelt
 - Unternehmer- und Selbständigenverbände
 - Gewerkschaften
 - Konsumentenverbände
2. Organisierte Interessen im sozialen Bereich
 - Sozialanspruchsvereinigungen (z. B. Blindenverein)
 - Sozialleistungsvereinigungen (z. B. Wohlfahrtsverbände)
 - Selbsthilfegruppen (z. B. Anonyme Alkoholiker)
3. Organisierte Interessen im Bereich Freizeit und Erholung
 - Sportvereine und -verbände
 - Geselligkeits- und Kommunikationsvereine
4. Organisierte Interessen im gesellschaftspolitischen Bereich
 - politische Vereinigungen (z. B. Humanistische Union, amnesty international)
 - public-interest-groups (z. B. für Umwelt, Frieden, Frauenemanzipation usw.)
5. Organisierte Interessen im Bereich von Religion, Kultur und Wissenschaft
 - Kirchen, Sekten
 - Wissenschaftliche Vereinigungen
 - Bildungswerke, Kunstvereine

rungen in der Interessenvermittlung wird später die Antworten gerade im gesellschaftlichen Wandel suchen. Einzelne dieser Veränderungstendenzen können bereits im folgenden Überblick angezeigt werden.

1. Organisierte Interessen im Bereich von Wirtschaft und Arbeitswelt

Die Grundlage menschlicher Existenz ist die Arbeit. Entsprechend bilden die Verbände der Wirtschaft und des Arbeitslebens die wichtigste Gruppe organisierter Interessen. Sie werden hier nach drei Gesichtspunkten unterschieden, nämlich in Unternehmer- und Selbständigenverbände, Gewerkschaften und Konsumentenverbände. Die Forschungslage ist hier sehr uneinheitlich. Am wenigsten sind die Unternehmerverbände bearbeitet, etwas besser ist die Lage bei einzelnen Selbständigenverbänden, wie etwa der Bauern oder der Ärzte; wenig ist auch über die allerdings nur marginal bedeutsamen Konsumentenvereinigungen veröffentlicht. Dagegen ist die Literatur über die Gewerkschaften so umfassend, daß sie für sich eine Bibliothek füllen kann.

Unternehmer- und Selbständigenverbände vertreten die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber Staat und Gesellschaft, insbesondere gegenüber den Tarifparteien. Während international höchst unterschiedliche Organisationsformen¹⁰⁾ existieren, dominiert in der Bundesrepublik eine dreifache Struktur der Interessenorganisation:

a) Die Wirtschaftsverbände der Unternehmen und Selbständigen

Unter ihnen ragt der einflußreiche Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) heraus, der über den größten Apparat verfügt und als Dachverband alle Branchenverbände des produzierenden Gewerbes zusammenschließt. Die organisierten Interessen des Handwerks sind zum größten Teil in der „Bundesvereinigung der Fachverbände des Deutschen Handwerks“ vereinigt. Die 15 regionalen Bauernverbände sind im „Deutschen Bauernverband“ zusammengeschlossen. Der „Bundesverband der freien Berufe“ organisiert 35 Mitgliederverbände, darunter allein acht Ärzteverbände wie die „Kassenärztliche Bundesvereinigung“¹¹⁾.

¹⁰⁾ Jürgen Hartmann (Anm. 8), S. 76 ff.

¹¹⁾ Am aktuellsten zum Gesamtkomplex sind die Passagen bei Jürgen Hartmann (Anm. 8); im einzelnen siehe auch Heidrun Abromeit, Unternehmerverbände, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Westliche Industriegesellschaft, München 1983, S. 454—461; Onno Poppinga, Bauern und Politik, Frankfurt

b) Die Kammern

Als Quasi-Interessenorganisationen können neben den Branchen- und Fachverbänden die Kammern gelten (75 Industrie- und Handelskammern, 45 Handwerkskammern, 10 Landwirtschaftskammern sowie Kammern der Anwälte und Ärzte), denn durch ihren öffentlich-rechtlichen Charakter mit Zwangsmitgliedschaft weisen sie nicht das Definitionsmerkmal der Freiwilligkeit auf. Sie nehmen besonders regionale Aufgaben der Strukturförderung, der Berufsausbildung und der Berufsaufsicht wahr. Ihre Dachverbände, z. B. der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), sind allerdings freie Verbände, die daher auch überregional ohne die öffentlich-rechtlichen Bindungen auftreten können¹²⁾.

c) Die Arbeitgeberverbände

Als Arbeitgeberverbände (Dachverband ist die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA) nehmen die Unternehmer ihre Aufgabe in der Tarifpolitik gegenüber den Gewerkschaften wahr. Die dreifache Organisationsstruktur von Unternehmerverbänden mit einem kaum überschaubaren Unterbau aus Regional-, Fach- und Branchenverbänden stattet diese mit einer außerordentlich breiten und ressourcenstarken Organisationsmacht aus. Diese wird allerdings noch dadurch verstärkt, daß die kollektive Aktion über einen Verband für den einzelnen Unternehmer nur eine seiner Möglichkeiten darstellt. Während der abhängig Beschäftigte kaum anders als organisiert seine Ziele durchsetzen kann, realisiert der Unternehmer seine Interessen primär über den Markt oder über direkten politischen Zugang bei starker Marktmacht¹³⁾.

Wandlungstendenzen der Organisationsform von Unternehmer- und Selbständigenverbänden sind kaum zu beobachten. Der Organisationsgrad ist weiterhin sehr hoch, die Einflußnahme über klassische Kanäle der Interessenpolitik auf Regierung und Verwaltung beträchtlich.

Die *Gewerkschaften* und die weiteren Verbände von abhängig Beschäftigten bilden den interessenpolitischen Gegenpart zu den Un-

1975; Frieder Naschold, Kassenärzte und Krankenversicherungsform, Freiburg 1967; Helmut Wiesenthal, Die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. Ein Beispiel für Theorie und Praxis des modernen Korporatismus, Frankfurt 1981.

¹²⁾ Hermann Adam, Der Einfluß der Industrie- und Handelskammern auf politische Entscheidungsprozesse, Frankfurt 1979.

¹³⁾ Walter Simon, Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT, Köln 1976; sowie Carola Schulz (Anm. 1).

ternehmervverbänden. Allerdings ist die Sichtweise von den gleichstarken „Sozialpartnern“ verkürzt, denn aufgrund der doppelt stärkeren Ressourcen als Unternehmervverbände und als Investoren sind die Interessen der Kapitaleseite im privatwirtschaftlich organisierten System immer den Gewerkschaften überlegen¹⁴). Im bedeutendsten Block der Arbeitnehmerorganisationen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), gilt das Prinzip der Einheitsgewerkschaft unabhängig von parteipolitischer Orientierung und vom arbeitsrechtlichen Status (Arbeiter, Angestellte, Beamte) sowie das Industrieverbandsprinzip, d. h. eine Organisation für alle in einem Wirtschaftsbereich abhängig Beschäftigten. Die 17 Einzelgewerkschaften des DGB organisierten 1984 etwa 7,66 Mio. Erwerbstätige, was einer Organisationsquote von einem Drittel der Erwerbstätigen entsprach, die größte Einzelgewerkschaft, die IG-Metall, wies alleine fast 2,5 Mio. Mitglieder auf. Tariffähig sind allein die Einzelgewerkschaften; der DGB fungiert als Dachverband ohne diese für eine Gewerkschaft entscheidende Kompetenz¹⁵).

Neben dem DGB existieren noch einzelne Gewerkschaften, die das Prinzip der Einheitsgewerkschaft für Berufsgruppen oder weltanschauliche Bekenntnisse durchbrechen, darunter besonders der Deutsche Beamtenbund (DBB, 0,79 Mio. Mitglieder), die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG, 0,49 Mio. Mitglieder) und der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB, 0,30 Mio. Mitglieder, jeweils 1984).

Die Mitgliedschaft des DGB war in den letzten Jahren leicht rückläufig, was zum großen Teil auf den Rückgang der Erwerbstätigenzahlen zurückzuführen ist. Dem DGB ist es allerdings kaum in Ansätzen gelungen, Arbeitslose zu organisieren. Außerdem machen sich zunehmende strukturelle Schwierigkeiten, insbesondere bei der Organisierbarkeit von Jugendlichen, bemerkbar¹⁶).

Konsumentenverbände spielen in der Bundesrepublik nur eine recht marginale Rolle,

¹⁴) Claus Offe/Helmut Wiesensthal, *Two Logics of Collective Action*, in: *Political Power and Social Theory*, I (1980), S. 67ff.

¹⁵) Einen guten jüngeren Überblick bieten Siegfried Mielke/Fritz Vilmar, *Bundesrepublik Deutschland*, in: Siegfried Mielke (Hrsg.), *Internationales Gewerkschaftshandbuch*, Opladen 1983, S. 337—384.

¹⁶) Die Organisationsproblematik wird besonders angesprochen bei Wolfgang Streeck, *Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie*, Königstein 1981; Josef Esser, *Gewerkschaften in der Krise*, Frankfurt 1982; sowie Carola Schulz (Anm. 1); und Ulrich von Alemann, *Gewerkschaftliche Interessen und Politik*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 33 (1982) 5, S. 286—295.

da die Dachorganisation („Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände“) kaum eigentliche Konsumenten direkt organisiert und die „Verbraucherzentralen“ in den Städten stark von staatlichen Zuwendungen abhängig sind. Allein das spezielle Segment der Mieterverbände kann auf eine erfolgreichere Organisation von Interessen im Konsumentensektor verweisen. Auch der Bund der Steuerzahler macht zwar häufig publizistisch auf sich aufmerksam, kann aber seinen umfassenden Titel kaum durch Massenmitgliedschaft rechtfertigen¹⁷).

2. Organisierte Interessen im sozialen Bereich

Die freiwillig zusammengeschlossenen organisierten Interessen im Sozialbereich zeigen drei Formen, da sie zum einen als Betroffene Sozialleistungsansprüche beim Staat geltend machen, zum zweiten als Großorganisationen Sozialleistungen für andere erbringen oder ergänzen und zum dritten als Selbsthilfegruppen autonom zu lösen versuchen.

Die *Sozialanspruchsvereinigungen* organisieren Betroffene wie körperlich Behinderte (Blinde, Gehörlose usw.), demographisch benachteiligte Gruppen (z. B. alte Menschen, Verband alleinstehender Mütter usw.) oder politische Betroffene, besonders durch Kriegsfolgeschäden (Vertriebene, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte, politisch, rassistisch, religiös Verfolgte usw.). Der Organisationsgrad dieser Vereinigungen ist in den letzten Jahren, auch aus demographischen Gründen, eher rückläufig¹⁸).

Die *Sozialleistungsvereinigungen* bilden mit dem Kern der großen Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) einen dominierenden Block mit fast 400 000 hauptberuflichen Mitarbeitern. Sie formieren sich in der Bundesgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die in wichtigen Segmenten der Sozialpolitik im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips eine eingespielte kooperative Bindung mit staatlicher Absiche-

¹⁷) Heribert Schatz, *Verbraucherinteressen im politischen Entscheidungsprozeß*, Frankfurt 1984; Bernhard Wanders, *Zwischen Dienstleistungsunternehmen und politischer Protestbewegung. Mieterorganisationen in der Bundesrepublik*, Diss., Universität Duisburg 1982.

¹⁸) Vgl. z. B. Max Wambach, *Verbandestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände*, Stuttgart 1971; Wolf Donner, *Die sozial- und staatspolitische Tätigkeit der Kriegsofferverbände*, Berlin 1960.

rung geschaffen hat. Trotz ihrer Bedeutung blieben die Sozialleistungsvereinigungen lange in der „Grauzone wissenschaftlicher Forschung“¹⁹⁾. Erst in jüngerer Zeit haben sich Verbändeforscher intensiver mit dieser festgefügt Struktur organisierter Interessenpolitik kritisch auseinandergesetzt²⁰⁾.

Die jüngeren *sozialen Selbsthilfegruppen* (Drogenabhängige, Obdachloseninitiativen, Anonyme Alkoholiker usw.) müssen nicht selten ihren Spielraum gegen die Interessen der etablierten Wohlfahrtsverbände durchzusetzen versuchen. Diese Selbsthilfegruppen sind ein neues Element lose organisierter Interessen im sozialen Sektor. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Ob dieser Zuwachs von Dauer ist, kann allerdings schwer vorausgesagt werden²¹⁾.

3. Organisierte Interessen im Bereich Freizeit und Erholung

In vielen Verbändestudien zählt der Bereich von Freizeit und Erholung nicht zum System der Interessenorganisationen, da hier die politische und gesellschaftliche Auswirkung fehle. Die „unpolitischen“ Freizeitvereine, ob als Deutscher Sportbund mit ca. 15 Mio. Mitgliedern der größte Verband überhaupt, als „Deutscher Sängerbund“ (ca. 1,5 Mio. Mitglieder) oder als Jugendverband, Pfadfinder, Schützenbund, Philatelisten oder Brieftaubenzüchter, — sie alle eint ihre hohe Mitgliederzahl und die geringe Intensität der Mitgliederinteressen an der allgemeinen Vereinspolitik²²⁾. Ihre politische Funktion ist dabei zweitrangig, aber zweifelslos immer präsent: so z. B. sicher in der Sportpolitik, offensichtlich in der Kommunalpolitik, langfristig aber wohl am intensivsten über die indirekte prägende Wirkung von politischer Sozialisation.

Mit dem größten Anteil jugendlicher Mitglieder greifen diese Verbände nämlich gewollt und ungewollt einschneidend in die Wertevermittlung der jugendlichen Sozialisation in

der Adoleszenz- und in der Postadoleszenzphase ein. Ob entscheidende Jahre des jugendlichen in einem ländlichen Schützenverein oder in einer städtischen Rockgruppe, in der Pfadfindergruppe oder in einem Fußballclub verbracht werden, hat zweifellos beträchtliche Auswirkungen auf das politische Bewußtsein. Neuere Forschungen haben immer wieder eindringlich aufgezeigt, wie entscheidend für die Ausformung des politischen Weltbildes nach und mit der Familie die übrigen unmittelbaren Milieugruppen sind²³⁾. Freundeskreise und Vereinsleben üben einen so starken Einfluß in der politischen Sozialisation aus, daß alle Anstrengungen der politischen Bildung in Schule, Weiterbildung oder auch durch die Medien diesen nur schwer aufwiegen können. Der Wandel zu einer „Freizeitgesellschaft“ — freiwillig durch Arbeitszeitverkürzung oder Aussteigen und unwillkürlich durch Arbeitslosigkeit — wird die Bedeutung des Erholungsbereiches weiter steigern. Die traditionellen Vereine konkurrieren hier allerdings immer spürbarer mit dem Freizeitangebot der neuen Medien.

4. Organisierte Interessen im gesellschaftspolitischen Bereich

In traditionellen Verbändestudien werden die Interessenorganisationen des gesellschaftspolitischen Bereiches, meist gemeinsam mit denen von Kultur und Religion, als „ideelle Fördervereine“ recht stiefmütterlich behandelt. Hier hat der deutlichste Wandel des letzten Jahrzehnts im Bereich organisierter Interessen stattgefunden, handelte es sich bisher doch eher um eine Restkategorie, wo bestimmte politische Anliegen außerhalb von Parteien eine Organisationsform fanden. Dazu zählen z. B. die „Humanistische Union“, das „Kuratorium Unteilbares Deutschland“, der „Deutsche Rat der Europäischen Bewegung“ oder die „Deutsche Liga für Menschenrechte“.

Mit den gerade in den USA seit den sechziger Jahren expandierenden „public interest groups“ hat sich ein neuer Begriff etabliert²⁴⁾. Er meint Gruppen, die „ein kollektives Gut verfolgen, dessen Erreichung der Mitgliedschaft der Organisationen keinen persönlichen Vorteil bringt“²⁵⁾. Damit ist ein weiterer Bereich neuer sozialer Bewegungen angesprochen — im Umweltschutz, im Bildungsbe-

¹⁹⁾ Rudolph Bauer, Wohlfahrtsverbände in der Bundesrepublik, Weinheim 1978, S. 6.

²⁰⁾ Rolf G. Heinze/Thomas Olk, Die Wohlfahrtsverbände im System sozialer Dienstleistungsproduktion, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 33 (1981), S. 94—114.

²¹⁾ Wolfgang Beywl/Helmut Brombach, Neue Selbstorganisationen — Zwischen kultureller Autonomie und politischer Vereinnahmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/84, S. 15—29; Rolf G. Heinze/Thomas Olk, Selbsthilfe, Eigenarbeit, Schattenwirtschaft, in: Frank Benseler/Rolf G. Heinze/Arno Klönne (Hrsg.), Zukunft der Arbeit, Hamburg 1982, S. 13—29.

²²⁾ Hier ist die vertiefende Literatur besonders spärlich; einführend: Jürgen Weber (Anm. 8), S. 148ff.

²³⁾ Vgl. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, Opladen 1982, Bd. 1, S. 100ff.

²⁴⁾ Heinz Ulrich Brinkmann, Public Interest Groups im politischen System der USA, Opladen 1984.

²⁵⁾ Klaus von Beyme (Anm. 8), S. 87.

reich, als Frauen- oder Friedensbewegung —, die alle zweifellos auch Grundelemente von Organisation aufweisen und insofern der hier gewählten Eingrenzung entsprechen. Gerade durch sein schnelles Wachstum und seine raschen Wandlungen kann der gesamte Bereich sozialer Bewegungen mit politisch-gesellschaftlichen Zielen kaum adäquat dargestellt werden. Die Literatur ist hier allerdings schnell nachgewachsen mit zahlreichen Darstellungen und vielen vorläufigen Analysen²⁶⁾.

5. Organisierte Interessen im Bereich von Religion, Kultur und Wissenschaft

Auch diese letzte Kategorie ist außerordentlich heterogen. Viele sträuben sich gegen die Vorstellung, die Kirchen unter die organisierten Interessen zu subsumieren, da sie gerade in der Bundesrepublik einen eigenen, privilegierten Rechtsstatus haben. In anderen Ländern, besonders in den USA, ist man hier viel unbefangener²⁷⁾. Dennoch kann nichts Diskriminierendes darin gesehen werden, den freiwilligen Zusammenschluß von Gläubigen einer Konfession oder Religion zur Ausübung ihres Ritus und zur gesellschaftlich-politischen Wirkung hier einzubeziehen. Der bemerkenswerteste Wandel, der vor Jahrzehnten bei ständig nachlassender Kirchengangshäufigkeit kaum vorhergesagt wurde, betrifft in diesem Zusammenhang die neue Aktivität und Attraktivität freier kirchlicher Aktionsformen bei den katholischen und besonders den evangelischen Kirchentagen, die ja nicht direkt von den Amtskirchen getragen werden. Das Bündnis mit neuen sozialen Bewegungen für Umweltschutz, Frieden, Dritte Welt oder Frauenfragen hat gerade Jugendliche so stark engagiert, daß diese Artikulationsform mit zu den deutlichsten Wandlungstendenzen im Feld organisierter Interessen gezählt werden muß.

Die wissenschaftlichen Vereinigungen bestehen zum einen aus den akademischen Fach-

verbänden aller wissenschaftlichen Einzeldisziplinen, insofern es sich nicht um Berufsverbände handelt. Dazu zählen z. B. die „Deutsche Gesellschaft für Physikalische Medizin“ oder die „Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft“. Darüber hinaus bestehen sie aus übergreifenden Fördervereinigungen der Wissenschaft wie z. B. dem „Stifterverband der Deutschen Wissenschaft“ oder auch regionalen Fördervereinigungen wie dem „Frankfurter Verein für Geschichte und Landeskunde“ oder speziellen Verbänden wie der „Deutschen Hegelgesellschaft“. Daneben existiert noch ein weiterer Bereich kultureller und bildungsorientierter Gesellschaften, wozu die Vereine für Kunst, Musik, Theater, Museum und Literatur, der Familienkunde oder der Pflege des Esperanto zählen.

Wie bei den übrigen „public interest groups“ läßt sich der Einsatz für allgemeine, ideelle Ziele, die Förderung eines öffentlichen Guts, häufig nur schwer von eigenen Nutzenerwägungen durch das auch selbstgenutzte Theater oder Museum trennen. Die Uneigennützigkeit von ideellen Förderverbänden in Politik und Gesellschaft, Religion und Kultur ist also immer relativ, da die ideellen Ziele selten völlig frei von persönlichen Interessen sein können.

Abschließend zu diesem Überblick über das gesamte Spektrum organisierter Interessen in der Bundesrepublik muß noch betont werden, daß die übrigen „politischen Verbände“, also Vereinigungen von Gebietskörperschaften, wie z. B. der Deutsche Städtetag oder der Deutsche Städte- und Gemeindebund, in diesen bewußt nicht einbezogen wurden²⁸⁾, da ihnen das Element des freien Eintritts und Austritts völlig fehlt. D. h. allerdings nicht, daß diese Verbände nicht ebenso als „Interessenten“ in der politischen Willensbildung auftreten und ihre Ziele durchzusetzen versuchen. Dieser Interessenbezug gilt aber für Parteien, Parlamente und Regierungen ebenso.

IV. Leitfragen und Erklärungsversuche

Eine systematische Abhandlung der organisierten Interessen in der Bundesrepublik

²⁶⁾ Vgl. besonders Karl-Werner Brand/Detlef Büser/Dieter Rucht, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt 1983; Joachim Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt 1985; und die Beiträge in Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hrsg.) (Anm. 2).

²⁷⁾ Klaus von Beyme (Anm. 8), S. 83f.; siehe auch Jürgen Weber (Anm. 8), S. 153ff.

müßte nach dem Überblick der fünf Felder von Gesellschaftsbereichen, nach denen die Gesamtheit von Interessenorganisationen geordnet wurden, nun die Leitfragen und Erklärungsversuche der Forschung ausbreiten. Eine solche breite Entfaltung der Theoriediskussion ist hier nicht möglich. Die Spannweite der Debatte soll aber mit der Formulie-

²⁸⁾ Klaus von Beyme (Anm. 8), S. 91; Jürgen Weber (Anm. 8), S. 157ff.

Leitende Erklärungsansätze der Organisation von Interessen

primäre Analyseeinheit
Gruppen Individuen

Analyseperspektive Interessen-
Formierung

Wandlungstendenzen
von Interessen-
organisationen

1. Pluralismus	2. neue politische Ökonomie
3. Korporatismus	4. Post- industrialismus/ Postmaterialismus

Die vier wichtigsten Leitfragen angereisen werden:

1. Wie entstehen, entwickeln sich, vergehen Interessenorganisationen? Dies ist die Frage nach der *Genese* organisierter Interessen innerhalb der Gesellschaft in historischer und auch prognostischer Perspektive.

2. Wie arbeiten Interessenorganisationen intern? Dies ist die Frage nach der *Struktur* von organisierten Interessen, nach innerverbandlicher Demokratie, nach dem Verhältnis von Basis, Funktionsapparat und Führungsspitze, nach der Streitfrage um das „eherne Gesetz der Oligarchie“ in Organisationen.

3. Wie agieren Interessenorganisationen nach außen? Dies ist die Frage nach der *Strategie*, den Methoden und dem politischen Instrumentarium von organisierten Interessen, die auch die verschiedenen Adressaten des Einflusses — Konkurrenzverbände, öffentliche Meinung, Parteien, Parlamente, Verwaltungen, Regierungen, Gerichte — einschließt.

4. Welchen Beitrag leisten organisierte Interessen zur Legitimation, Überlebensfähigkeit und Veränderung eines politischen Systems? Dies ist die Frage nach der *Funktion* von Interessenorganisationen für Gesellschaft und Politik, eine Frage, die keineswegs nur an der Stabilitätsproblematik orientiert werden muß.

Alle diese vier Leitfragen — nach der Genese, Struktur, Strategie und Funktion von organisierten Interessen — werden seit dem Beginn der systematischen und empirischen politischen Soziologie um die Jahrhundertwende differenziert zu beantworten gesucht — mit unterschiedlichem Erfolg und höchst abweichenden Ergebnissen.

Die leitenden Erklärungsansätze für die Bedingungen der Organisation von Interessen sollen hier durch zwei Dimensionen übersichtlich zu gliedern versucht werden. Zunächst einmal werden die Erklärungsansätze nach der primären *Analyseeinheit*, die einmal von Gruppen und zum anderen von Individuen vorrangig ausgeht, unterschieden. Dann

werden die Erklärungsansätze nach der primären *Analyseperspektive* der Forschung unterteilt, d. h., es wird gefragt, ob sie mehr die Bedingungen für die Formierung von Interessenorganisationen oder aber mehr die Wandlungstendenzen und Entwicklung von organisierten Interessen in den Vordergrund stellt.

Aus den beiden dichotomen Dimensionen ergibt sich damit eine übersichtliche Vier-Felder-Tafel, wie sie oben wiedergegeben ist.

Natürlich hat dieses Schema nur heuristischen Wert und keinesfalls theoretisch erklärende Qualität. Es will nicht mehr und nicht weniger als eine gewisse Ordnung für die leitenden Erklärungsansätze in der Interessensorganisationsforschung vorschlagen. Mit diesem Schema kann man illustrieren, daß unterschiedliche Berührungspunkte zwischen den Theorien der Interessenorganisation bestehen. Außerdem kann man damit anzeigen, daß die Theorien des Korporatismus (Feld 3) und des Postindustrialismus (Feld 4) besser als die beiden anderen in der Lage sind, die jüngeren Wandlungstendenzen zu erklären.

1. Pluralismus: die Gruppentheorie der Interessenformierung

Die Pluralismustheorie ist seit ihren Anfängen zu Beginn dieses Jahrhunderts in Deutschland (Otto von Guericke), USA (Arthur Bentley) und Großbritannien (Harold Laski) eine Gruppentheorie gewesen, die sich gegen die vorherrschende konservativ geprägte Staatstheorie wandte²⁹⁾. In ihrer radikalen Form ist sie anti-etatistisch und damit fast anarchistisch, da sie dem Staat kein Privileg des Herrschaftsmonopols mehr zuerkennt. Der Staat sei arbeitsteilig nur eine Gruppe, ein kollektives Aggregat unter mehreren und neben anderen.

²⁹⁾ Den besten Überblick bietet weiterhin Hans Kramm, Pluralismustheorie in Deutschland, Leverkusen 1977; vgl. auch Peter Massing/Peter Reichel (Anm. 6); sowie Peter Massing, Interesse und Konsensus, Opladen 1979.

Der seit den fünfziger Jahren besonders in der Bundesrepublik ausgeprägte „Neopluralismus“ versuchte einen Mittelweg zwischen der Dominanz des Staates in der Repräsentationstheorie und seiner Einordnung in die Gesellschaft bei den pluralistischen Gruppentheoretikern einzuschlagen. Der von Ernst Fraenkel geprägte Neopluralismus ging davon aus, daß dem flexiblen „Kräfteparallelogramm“ der gesellschaftlichen Gruppen, die zu einem labilen Gleichgewicht tendieren, der Staat in Form der demokratisch legitimierten Parlamente und Regierungen als Schiedsrichter gegenübersteht. Eine klare Trennung von Staat und Gesellschaft wird abgelehnt. Zwischen die Sphäre des Individuums und der politischen Entscheidungsträger schiebt sich der breite Bereich der intermediären Gewalten mit den vielfältigen sozio-politischen organisierten Interessen³⁰⁾.

Die pluralistische und funktionalistische amerikanische Systemtheorie ordnet die Interessengruppen dem gesellschaftlichen „input“ des politischen Systems zu, d. h., die Interessengruppen geben Forderungen der Gesellschaft in die politischen Institutionen ein, während die Parteien Scharniere zwischen input und output seien, da sie zwar auch Forderungen eingeben, aber selbst Ergebnisse staatlich-politischer Entscheidungen an die Gesellschaft zurückvermitteln. Gabriel Almond formulierte das so: „Interessengruppen artikulieren politische Forderungen in der Gesellschaft, suchen durch Empfehlung und Aushandeln bei anderen Gruppen für diese Forderungen Unterstützung und versuchen, diese Forderungen durch Beeinflussung der Wahl des politischen Personals und der verschiedenen Prozesse des öffentlichen ‚policy-making‘ in der Ausführung in autoritative Politik zu transformieren. Politische Parteien tendieren dazu, von ideologischer Starrheit frei zu sein, und sie sind aggregativ, d. h. sie sind bemüht, die größtmögliche Koalition von Interessengruppen durch das Angebot akzeptablen politischen Personals und annehmbarer Politik zu erreichen... Das Parteiensystem aggregiert Interessen und transformiert sie in ein relativ kleines Maß alternativer allgemeiner Politik.“³¹⁾

Die Kritik an einer solchen Art funktionalistischer Pluralismustheorie, die zu stark an Stabilität und Gleichgewicht und kaum an

Wandlung und Veränderung orientiert ist, wurde in den siebziger Jahren breit entwickelt. Nichtsdestotrotz war die Pluralismusforschung gerade für die junge deutsche Politikwissenschaft ein wichtiger Schritt, um die Dominanz der konservativen Staatstheorie abzuschütteln. Die deutsche Politikwissenschaft verdankt ihr eine Reihe von wichtigen frühen Studien zum Einfluß und zur Politik von Interessenorganisationen³²⁾.

Wenn Pluralismustheorie nicht nur affirmativ aus der bloßen Existenz von Gruppenpluralität auf vorbildliche demokratische Konkurrenz schließt, dann wird sie auch in Zukunft für die Erklärung organisierter Interessen eine wichtige Rolle spielen können. Das kritische Potential des Pluralismus, gerade auch im Rückgriff auf seine frühe anti-etatistische Tradition, ist sicher noch nicht ausgereizt³³⁾.

2. Neue politische Ökonomie: individuelle Nutzenmaximierung über kollektives Handeln

Allen Ansätzen der neuen politischen Ökonomie ist gemeinsam, daß sie von einem methodologischen Individualismus ausgehen: „Aussagen über soziale Strukturen und Prozesse sind ableitbar aus Aussagen über individuelles Verhalten.“³⁴⁾ Grundvoraussetzung dieser Theorien rationalen Verhaltens ist die Annahme, daß jedes Individuum bestrebt ist, in jeder sozialen Situation seinen individuellen Nutzen zu maximieren. Für die Organisation von Interessen ist eine ganze Gruppe von Ansätzen in dieser Forschungstradition wichtig, insbesondere die Arbeiten von Anthony Downs, Mancur Olson und Albert Hirschman, von denen einige hier kurz zusammengefaßt werden³⁵⁾.

Der einflußreichste auf organisierte Interessen anwendbare Ansatz in der ökonomischen Theorie geht auf Mancur Olson zurück, der mit seinem Buch „Die Logik kollektiven Handelns“ die Grundlage einer ökonomischen Theorie gesellschaftlich-politischer Organisa-

³²⁾ Ein Resümee zieht Klaus von Beyme, Die politischen Theorien der Gegenwart, München 1980⁴, S. 216 ff.

³³⁾ Dazu immer noch interessant Rainer Eisfeld, Pluralismus zwischen Liberalismus und Sozialismus, Stuttgart 1972; sowie Udo Bernbach/Franz Nuscheler (Hrsg.), Sozialistischer Pluralismus, Hamburg 1973.

³⁴⁾ Franz Lehner, Einführung in die Neue Politische Ökonomie, Königstein 1981, S. 10.

³⁵⁾ Franz Lehner (Anm. 34), S. 77—111; sowie Manfred Groser, Sozialökonomische Theorien der Verbände, in: Warnfried Dettling (Hrsg.), Macht der Verbände — Ohnmacht der Demokratie?, München 1976, S. 81—104.

³⁰⁾ Ernst Fraenkel, Reformismus und Pluralismus, Hamburg 1973.

³¹⁾ Gabriel A. Almond, Interessengruppen und politischer Prozeß, in: Günther Doeker (Hrsg.), Vergleichende Analyse politischer Systeme, Freiburg 1971, S. 79 f.

tionen gelegt hat³⁶). Danach erzeugen besonders die großen Interessenorganisationen (wie die Gewerkschaften) für ihre Mitglieder nicht nur individuellen Nutzen, sondern hauptsächlich Kollektivgüter, die, wie z. B. Tarifabschlüsse, allen Betroffenen gleichzeitig zugute kommen, da sie nicht allein den Mitgliedern vorbehalten werden können. Statt als Organisationsmitglied einen hohen Mitgliedsbeitrag zu leisten, sei es deshalb angesichts von unteilbaren kollektiven Gütern — z. B. Umwelt, Steuern, Verbraucherschutz usw. — viel rationaler, kostenlos als Nichtmitglied, also als Trittbrettfahrer (free rider), den Nutzen mitzunehmen. Organisierte Interessen entwickeln angesichts dieses Grunddilemmas nach Olson zwei Strategien: Sie bauen ein professionelles Führungssystem auf, um über eine bürokratische Organisation Aufstiegschancen für Mitglieder zu bieten und Kontrollapparate einzurichten; und sie weiten ihre Angebote neben kollektiven Gütern, die Nichtmitgliedern nicht vorenthalten werden können, auf private Güter, also persönliche materielle Anreize und Nebenleistungen für Mitglieder aus, so z. B. Rechtsschutzversicherungen, Rabatte, soziale Leistungen.

Trotz der problematischen Grundannahme jeder Theorie der rationalen Nutzenmaximierung sind damit wichtige Bedingungen für die Formierungen organisierter Interessen angesprochen. Auch die Organisationsschwäche von nicht konfliktfähigen großen Bereichen der Politik, in der Sozial- und Gesundheitspolitik, Steuerpolitik oder auch immer noch im Umweltschutz, finden hier plausible Erklärungen. Dennoch zeigt gerade der Umweltschutz oder die Dritte-Welt-Begegnung, daß hier Interessenorganisationen existieren, die es nach dem streng rationalen individuellen Nutzenkalkül eigentlich nicht geben dürfte.

Während bei Olson nicht-materielle Anreize zur Mitgliedschaft in Interessenorganisationen praktisch nicht existieren, spielen diese bei Albert Hirschman in der Form der Loyalität eine wichtige Rolle. Sein Buch „Exit, Voice and Loyalty“ enthält eine einfache und gerade dadurch bestechende Theorie über die Reaktionsformen und Konflikte und mangelnde Leistungen von Organisationen³⁷).

³⁶) Mancur Olson, Die Logik kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, Tübingen 1968; siehe auch ders., Die Logik kollektiven Handelns, in: Warnfried Dettling (Anm. 35), S. 105—123; dort auch Beiträge zur weiteren Diskussion.

³⁷) Albert O. Hirschman, Abwanderung und Widerspruch, Tübingen 1974.

Abwanderung, Austritt aus der Organisation (exit) oder Widerspruch, Protest (voice) innerhalb der Organisationen seien die beiden Alternativen für die Mitgliedschaft. Die Wahl einer der beiden Strategien und ihre Wirksamkeit hänge von vielen Faktoren ab; z. B. der Organisationsgröße, der Organisationskonkurrenz, der Art der Organisationsleistung. Gerade für Gewerkschaften ist die Abwanderung von Mitgliedern oft ein wichtiges Indiz für Organisationsdefizite als die Äußerungen auf Gewerkschaftskongressen, die vom mittleren Funktionsapparat getragen werden. Neben Abwanderung und Widerspruch wird von Hirschman aber auch noch die Loyalität einbezogen, die eine stark positive Einstellung zu einer Organisation meint, die von aktuellen Leistungen relativ unabhängig ist. Hier gilt die Hypothese: Je größer die Loyalität eines Individuums zu einer Organisation ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß es im Falle von Unzufriedenheit mit der Organisation nicht mit Abwanderung, sondern mit Widerspruch reagiert.

Für die Bedingungen der Formierung und das Funktionieren von Organisationsprozessen stellen die ökonomistischen Ansätze eine Fülle von plausiblen Hypothesen bereit. Diese sind jedoch kaum in der Lage, nicht-materielle Interessen einzubeziehen und die Wandlung kollektiver Organisationen zu erklären, da sie Grundprobleme von Macht und Herrschaft ausklammern. Die Organisationsprobleme eines Automobilclubs oder einer Gewerkschaft, eines Unternehmerverbandes oder eines Heimatvereins werden auf die Grundfragen rationalen Handelns reduziert. Ob der rational kalkulierende *homo oeconomicus*, mit dem die wirtschaftspolitische Realität schon beträchtliche Schwierigkeiten hat, nun in der Form des *homo politicus* in die Politikwissenschaft eintreten sollte, erscheint doch sehr zweifelhaft. Es kann nicht verwundern, daß mit diesem analytischen Besteck gerade neue Formen von organisierten Interessen im Umweltschutz oder in der Friedensbewegung höchstens auf sterile formale und damit unpolitische Weise seziiert werden können.

3. Korporatismus: Wandel der Interessenvermittlung durch Gruppenformierung

Gegenüber einer individualistischen neuen Ökonomie betonen die Theorieansätze des Korporatismus die kollektiven, herrschaftsorientierten Gruppenprozesse; gegenüber der Gruppentheorie eines harmonisierenden Pluralismus bekräftigen einige Korporatismusansätze stärker die strategischen, beweglichen

und interaktiven Elemente in der Interdependenz von Staat und organisierten Interessen³⁸⁾. Nach den Thesen über die Entwicklung eines liberalen oder Neo-Korporatismus sind die großen Interessenverbände längst aus der Rolle der *pressure group* herausgewachsen, die ihre wohlverstandenen Interessen an den Staat herantragen und durchzusetzen suchen. Sie spielen selbst aktive Rollen, die sie vom Staat in der Tarifpolitik, Sozialpolitik und vielen anderen Bereichen übernommen haben. Gewerkschaften, Unternehmerverbände und andere Interessenorganisationen werden in „konzertierte Aktionen“ eingebunden, d. h. Vertretungen von Staat, Kapital und Arbeit zur Koordinierung von Wirtschafts- und Lohn-Preis-Politik. Dieser „Tripartismus“ bildet einen Mittelpunkt der Diskussionen um einen neuen Korporatismus in den Industriestaaten.

Damit ist nicht mehr der ständestaatliche Korporativismus des vorkapitalistischen Feudalismus gemeint. Er hatte die großen Gruppen, Stände, Zünfte in eine feste Gesellschaftsordnung inkorporiert. Faschistische und autoritäre Bewegungen versuchten noch in diesem Jahrhundert späte Reminiszenzen eines Staatskorporativismus wiederzubeleben.

Das Prinzip der freiwilligen Kooperation bestimmt den neuen, gesellschaftlichen oder liberalen Korporatismus der Industriestaaten. Es herrscht eine Austauschlogik vor, das System bringt allen Beteiligten Vorteile: der staatlichen Verwaltung bessere Informationen und Hilfen zur Kanalisierung von gesellschaftlichen Interessen; den Verbandsspitzen wirksame Durchsetzung ihrer Interessen.

Es bleibt aber eine labile Balance. Die Gewerkschaften können sich zwar Einfluß auf nationale Wirtschaftspolitik versprechen, ihre Beteiligung bleibt aber immer für sie mit dem größten Risiko verbunden, denn sie haben die geringsten Sanktionsmittel, da sie allein auf ihre Position im Tarifkonflikt verwiesen sind. Als Massenverbände müssen sie sich durch kurzfristige Erfolge immer wieder der Unterstützung ihrer Mitglieder versichern. Die andere problematische Seite eines Korporatismus, der auch in andere Politikbereiche der

Sozial- und Gesundheitspolitik, der Energie- und Technologiepolitik vordringen kann, ist die Versteinering zu einem geschlossenen Elitenkartell.

Korporatismus kann zwar als kurz- und mittelfristige Strategie des Krisenmanagements für Großverbände nützlich sein. Langfristig bedroht die Verschiebung von Entscheidungsstrukturen nicht nur die Position von Parlament und Parteien, sondern mehr noch die Durchlässigkeit der politischen Willensbildung von unten nach oben überhaupt.

Der Bundesrepublik wurde in vergleichenden Untersuchungen über korporative Tendenzen in den Industriestaaten regelmäßig ein guter Mittelplatz eingeräumt³⁹⁾. Eine recht einheitliche Gewerkschaftsstruktur, starke Unternehmerverbände, eine intensive Durchorganisation des ganzen Sektors der Sozialpolitik und insbesondere eine allseits verbreitete, in Deutschland tiefverwurzelte Gemeinwohl-ideologie stützen in jede Form von Kompromiß und Kooperation, ohne in jedem Fall zu ausgebildeten korporativen Instrumenten und Strategien zu führen. Eine unübersehbare Vielfalt von „quagos“ (quasi-gouvernementale Institutionen), von ministeriellen Beiräten, Kommissionen und Beratungsgremien, prägen in der Bundesrepublik den Schwerpunkt korporativer Entscheidungsstrategien. Die politische Kultur der Kooperation ist intensiver internalisiert, als daß sie durch einen Regierungswechsel von der sozial-liberalen Koalition zur konservativ-liberalen Regierung abgebrochen werden könnte. Die Voraussetzungen für ein Weiterleben korporatistischer Arrangements sind auch in der Bundesrepublik gegeben.

Korporatismus taugt nicht zur Beschreibung einer neuen Epoche, aber durchaus zur Erklärung von Strategien und einzelnen Strukturen und Entwicklungstendenzen in den Industriegesellschaften. Korporatismus tritt nicht an die Stelle von Pluralismus, sondern eröffnet als analytischer Arbeitsbegriff weitere Möglichkeiten, um Verhärtungstendenzen und Autonomieansprüche von Großorganisationen erfassen zu können.

4. Postindustrialismus/Postmaterialismus: neue Formen kollektiven Handelns durch soziale Bewegungen

Die neuen sozialen Bewegungen von Bürgerinitiativen, Frauengruppen, Friedensbewegung und Umweltschutzinitiativen sind ein lebendiger Protest gegen die zentralistische

³⁸⁾ Es gibt keine festgefügte Theorie des neuen Korporatismus, sondern höchst unterschiedliche Ansätze. Die wichtigsten Richtungen der deutschen Diskussion finden sich in: Ulrich von Alemann (Hrsg.), Neokorporatismus, Frankfurt 1981; siehe auch ders./Rolf G. Heinze (Hrsg.), Verbände und Staat, Opladen 1981²; sowie jüngst Manfred Glagow (Hrsg.), Gesellschaftssteuerung zwischen Korporatismus und Subsidiarität, Bielefeld 1984.

³⁹⁾ Ulrich von Alemann (Anm. 6), S. 128 ff.

Gesellschaftliche Entwicklungsphasen und korrespondierende Bewegungen ⁴⁴⁾

Gesellschaftsphase	Vorindustriell-modernisierende Gesellschaft 1789—1850	Industrielle Gesellschaft 1850/60—1960	Nachindustrielle Gesellschaft 1960/70—
Dominante Bewegungen	frühbürgerliche Bewegungen	Arbeiterbewegung	neue soziale Bewegungen
Aufsteigende Großgruppe	Bürgertum	Arbeiterklasse	Dienstleistungs-Intelligenz
Zentraler Problemkomplex	Rechtsstaat und Demokratie (rechtliche und politische Gleichheit)	Wohlfahrtsstaat (soziale Gleichheit)	Soziokulturelle Identität
Mobilisierungstyp	ideelle Mobilisierung	organisationsbestimmte Mobilisierung	projektorientierte Mobilisierung

Interessenpolitik durch Großverbände ⁴⁰⁾. Sie machen es sich zur Aufgabe, die nicht konfliktfähigen und nicht organisationsfähigen Interessen, die durch die traditionellen Verbände unberücksichtigt blieben, zu artikulieren.

Die neuen sozialen Bewegungen wollen Form, Inhalt und Ziele von Interessenpolitik radikal verändern. Dabei ändern sich die Formen doppelt: nicht nur durch aktiven Protest mit passivem Widerstand und Aktionsformen am Rand der Legalität, sondern auch durch die Verbindung von Protestaktionen mit Selbsthilfe und alternativer Lebensform. Die Inhalte und Ziele werden umfassender. Es stehen nicht nur Einzelaktionen, ob Autobahnbau oder Atomkraftwerk, im Vordergrund, sondern zusammenhängende Forderungen eines alternativen Lebens. Der Begriff Interessenpolitik selbst wird abgelehnt. Skeptisch muß dazu allerdings angemerkt werden, daß soziale Bewegungen in der Geschichte nie etwas Geringeres beanspruchten, als eine neue Gesellschaft zu kreieren, ohne je freilich den hohen Anspruch einzulösen ⁴¹⁾.

⁴⁰⁾ Aus der zahlreichen Literatur seien hervorgehoben: Karl-Werner Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht (Anm. 26); Wilfried Nelles/Wolfgang Beywl, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, in: Martin Irlé (Hrsg.), Methoden und Anwendungen in der Marktpsychologie, Göttingen 1983, S. 769—834; sowie die Beiträge in Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hrsg.) (Anm. 2).

⁴¹⁾ Ulrich von Alemann, Krisen der Arbeitsgesellschaft — Katharsis der Interessenvermittlung? Parteien und soziale Bewegungen im ökonomisch-ökologischen Umbruch, in: Joachim Mattes (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft, Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages 1982, Frankfurt 1983, S. 535—553.

Die Erklärungsversuche der neuen sozialen Bewegungen sind zahlreich. Karl-Werner Brand hat schon vor ein paar Jahren mindestens zwölf Varianten systematisch abzugrenzen versucht: von der Theorie des Wertwandels über die sozialen Grenzen des Wachstums, von der Kulturkrise über die Anspruchsinflation bis zur Kolonialisierung der Lebenswelt ⁴²⁾. Eine anspruchsvolle Synthese hat jüngst Joachim Raschke mit seinem Werk „Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß“ vorgelegt ⁴³⁾. An dieser Stelle kann nur auf zwei Gedanken zurückgegriffen werden: auf einen historischen und einen systematischen Aspekt.

In einem Resümee faßt Raschke seine historischen Überlegungen in einem Schema zusammen, aus dem hervorgeht, daß er drei Gesellschaftsphasen unterscheidet, denen jeweils dominante Formen der Interessenorganisation zugeordnet werden: der *vorindustriellen* Gesellschaft die frühbürgerliche Bewegung; der *industriellen* Gesellschaft die Arbeiterbewegung; der *nachindustriellen* Gesellschaft, die er für die Bundesrepublik seit den siebziger Jahren terminiert, die neuen sozialen Bewegungen.

Für die systematische Erklärung legt Raschke großen Wert darauf, daß soziale Bewegungen nicht als spontane, amorphe Gebilde, sondern als „eine eigenständige politische Organisationsform neben Parteien und Verbänden“ ⁴⁵⁾

⁴²⁾ Karl-Werner Brand, Neue soziale Bewegungen, Opladen 1982.

⁴³⁾ Joachim Raschke (Anm. 26).

⁴⁴⁾ Joachim Raschke (Anm. 26), S. 445.

⁴⁵⁾ Joachim Raschke (Anm. 26), S. 226.

eingestuft werden. Sowohl der Mythos der Organisation auf der einen Seite, wie bei der alten Arbeiterbewegung, als auch der Mythos der Spontaneität auf der anderen Seite, wie heute bei den neuen sozialen Bewegungen, und genauso die Mythen von Zentralismus und Dezentralisation haben immer wieder zur Spaltung und Schwächung beigetragen. Raschke konstatiert zwei charakteristische Schwächen der neuen sozialen Bewegungen: ihre Instabilität und ihre Unterkomplexität. „Beide stehen im Zusammenhang mit einem problematischen Organisationsverständnis, das in der Organisation primär die Entfremdung und weniger das Stabilisierungs- und Interventionsinstrument sieht. Dadurch wird einer stärkeren Arbeitsteilung die Legitimationsbasis entzogen. Direkte interne Demokratie und

indirekte und direkte Aktion vermögen aber die Ressourcen der Bewegung nicht auszus schöpfen und bleiben hinter der Komplexität der Gesellschaft zurück.“⁴⁶⁾

In diesen instabilen, aber dennoch zu immer wieder neuem Engagement fähigen Mobilisierungsformen liegt wohl sicher eine der deutlichsten Wandlungstendenzen der organisierten Interessen. Ob damit eine Erosion, eine Zersplitterung und Auflösung der Interessenvermittlungsformen verbunden ist oder nur eine Transformation oder Evolution, eine Bereicherung durch neue Formen und Strategien, soll anhand von Beispielen aus drei Politikfeldern abschließend illustriert werden: aus dem Umweltschutz, der Parteienfinanzierung und aus Tendenzen zur Informationsgesellschaft.

V. Drei Illustrationen des Wandels

1. Beispiel Umwelt

Der Ökologie- und Umweltschutzbereich durchschneidet die gesamte Struktur des ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Systems. In ihm konzentrieren und kreuzen sich ungewöhnlich intensiv sozio-ökonomischer, kultureller und politisch-instrumenteller Wandel. Die unerwünschten Nebenfolgen freien wirtschaftlichen Wachstums sind so gestiegen, daß sie nicht wie in der Vergangenheit durch weiter forciertes Wachstum verdrängt werden können. Wirtschaftliches Wachstum selbst, das als selbstverständliche Norm die ökonomische Praxis der Wachstumskoalitionen beherrschte, wird durch einen Wertwandel zu einer postmaterialistischen Ära in Frage gestellt. Neue Instrumente und Organisationsformen der Interessenartikulation und Aggregation sind entstanden, die eingespielte Regelungsmechanismen bedrohen.

Der Umweltpolitik kommt durch ihre Verzahnung mit existentiell bedeutsamen Politiken — von Energie-, Wirtschafts- und Konjunkturpolitik über Verkehrs- und Technologiepolitik — auch für die Zukunft dauerhafte und überragende Bedeutung zu. Akteure, Interessen und deren Organisations- und Entscheidungsmacht entsprechen auch hier im Umweltschutzbereich keineswegs einem pluralistischen Gleichgewichtsmodell.

Der Staat steckt im Dilemma der Förderung ökonomischer Leistungsfähigkeit einerseits, dessen Wahrnehmung in erster Linie an die privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen delegiert wird, und der Gewährleistung

guter und gleich verteilter Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung andererseits. Das klar definierte Ziel der *privaten Wirtschaft* als Gewinnoptimierung dagegen ist wachstums- und outputorientiert und darauf ausgerichtet, alle Infrastruktur- und Nebenkosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Ihrem eindeutigen Ziel entspricht eine leistungsfähige und schlagkräftig organisierte Vertretung umweltpolitischer Gegeninteressen.

Die organisierten Interessen im Umweltbereich zeigen gegenüber Staat und Privatwirtschaft ein viel diffuseres Bild.

1. Im Umweltbereich existieren traditionell fest organisierte Verbände, die teilweise über lange historische Traditionen verfügen. Sie reichen von den Naturnutzerverbänden (Fischer, Jäger, Reiter) zu älteren Naturschützerverbänden wie Bund für Naturschutz Deutschland e. V., Deutscher Bund für Vogelschutz usw.

2. Die klassischen Großorganisationen der Arbeitnehmer und Berufsgruppen, unter denen sich vor allem die Gewerkschaften als Vertreter der ökonomisch unterprivilegierten Gruppen verstehen, befinden sich in einem Dilemma: Verfolgung des materiellen Interesses an Arbeitsplatzsicherung und Verbesserung des materiellen Lebensstandards durch wirtschaftliche Prosperität in Wachstumsperioden einerseits und der längerfristigen Verfolgung von Hebung der Lebensqualität der gesamten abhängig Beschäftigten auch durch

⁴⁶⁾ Joachim Raschke (Anm. 26), S. 464.

verstärkten Umweltschutz andererseits⁴⁷). Die meisten etablierten Großverbände bearbeiten in eigens dafür eingerichteten Fachabteilungen oder Aktionsgruppen Umweltprobleme — von Gewerkschaften über Verbraucherverbände bis zu den Kirchen.

3. Die neu entstandene Bürgerinitiativbewegung im Umweltschutzbereich kann sich demgegenüber klar auf die eindeutige Forderung nach Forcierung von Umweltschutz konzentrieren. Die Spontaneität dieser neuen sozialen Bewegung ist aber Stärke und Schwäche zugleich, da die kurzfristige Mobilisationsfähigkeit hoch, die langfristige Durchsetzungsstrategie aber problematisch ist. Institutionalisierungsformen haben sich als übergeordnete Verbände, z. B. „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V.“ (BBU) etabliert, mit allen Risiken der Institutionalisierung jeder sozialen Bewegung.

Je öffentlicher, unteilbarer, allgemeiner ein Gut ist, desto weniger entsteht ein Anreiz zur gezielten Bearbeitung durch organisierte Interessen. Denn Verbände, die ihren Mitgliedern keine Sonderleistungen zukommen lassen können, finden wenig Anreiz zum Erwerb der Mitgliedschaft. Dies sind die bekannten Überlegungen aus der ökonomischen Theorie der Politik zum Organisationsanreiz. Und trotzdem gibt es Verbände im Umweltschutz, obwohl die Nichtmitglieder genauso von besserer Luft profitieren wie die zahlenden Mitglieder.

Von daher ist es natürlich auch zu erklären, daß Naturnutzerverbände, wie Angler oder Jäger, über eine viel höhere Organisationsdichte verfügen können als die Naturschützer, die freilich immerhin eigene Betroffenheit durch das gerettete lokale Feuchtbiotop oder die verhinderte Autobahntrasse in der Nachbarschaft erzeugen können.

Die Konkurrenz zwischen traditionellen Verbänden wie „Deutscher Naturschutzring“ und neuen Organisationsformen aus dem Bereich der sozialen Bewegungen, ob Bürgerinitiativen oder der Dachverband BBU, ist, wie nicht anders zu erwarten, aus der Konjunktur des Umweltthemas entstanden. Im Sog der Ökologiebewegung findet inzwischen ein tiefgreifender und noch nicht eindeutig gerichteter Wandel des Selbstverständnisses auch der traditionellen Naturschutzverbände statt. Die

⁴⁷) Ulrich von Alemann/Peter Mambrey, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen — Konkurrenz oder Kooperation?, in: Otthein Rammstedt (Red.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft (= Argumente in der Energiediskussion Bd. 9), Villingen 1980, S. 233—263.

Folgen des ideologischen und organisatorischen Wandels in den traditionellen Verbänden führen zu konfliktträchtigen Anpassungsproblemen sowohl von seiten der Verbandsführung als auch von seiten der Mitgliedschaft. Der ideologische Wandel findet in traditionellen Umweltverbänden allerdings ungleichzeitig statt, nicht zuletzt wegen unterschiedlicher Rekrutierungsmuster von stabiler, professionalisierter Führung und stärker fluktuierender Mitgliedschaft⁴⁸).

Der Staat entwickelt ein starkes Interesse an einer Integration und Einbindung der basisorientierten und spontanen Bürgerinitiativen durch unterschiedliche Privilegierungen und Förderungsmaßnahmen. Traditionelle korporative Strategien durch Austauschbeziehungen zwischen Verbandsspitze und Administration greifen allerdings bei den Umweltverbänden weniger, da besonders die Verpflichtungsfähigkeit der Mitgliedschaft durch die Verbandsführung schwächer ausgebildet und weniger vorhersagbar ist.

Insbesondere arbeiten soziale Bewegungen auch im Umweltschutz wie in allen weiteren Bereichen eng mit den Medien zusammen, die teilweise sogar als funktionales Äquivalent fehlende eigene organisatorische Strukturen ersetzen können. Ökologische Zeitschriften bilden einen umweltpolitisch potenteren Faktor, als dies manche engagierte Bürgerinitiative jemals erreichen kann.

Der Wandel organisierter Interessen im Bereich des Umweltschutzes hat insgesamt keineswegs zu einer Erosion, sondern zu einer vielfältigen Evolution neuer Organisationsformen und zu einer Transformation alter organisierter Interessen im Umweltbereich geführt. Schließlich ist auch nicht zuletzt durch den Umweltbereich eine neue Partei in den Bundestag befördert worden, was angesichts der hohen Hürden des bundesdeutschen Wahlrechts noch in den siebziger Jahren kaum jemand vorhergesagt hätte.

2. Beispiel Informationsgesellschaft

Die neuen Technologien auf der Basis der Mikroelektronik verändern die gesamte Gesellschaft in einem rasanten Tempo. Dabei konzentriert sich die intensive Debatte über die Auswirkungen der Informations- und Kommunikationstechnologien im wesentlichen auf die ökonomischen Auswirkungen für in-

⁴⁸) Thomas Ellwein/Martin Leonhard/Peter M. Schmidt, Umweltschutzverbände in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungsbericht, Berlin 1983.

dustrielles Wachstum und Arbeitsmarkt⁴⁹⁾. Die politischen Wirkungen einer entstehenden Informationsgesellschaft werden deutlich weniger thematisiert, wenn überhaupt, dann auf das Verhältnis von Bürger und Staat unter dem Stichwort Datenschutz oder gläserner Staatsbürger konzentriert⁵⁰⁾.

Sowohl der ökonomische als auch der politisch-gesellschaftliche Bereich werden tiefgreifende Auswirkungen auf die Bedingungen der Organisation von Interessen haben. Im ökonomischen Bereich betrifft dies insbesondere das Verhältnis von Kapital und Arbeit und hier die Organisationsfähigkeit der Gewerkschaften. Bei einer Verlagerung von Tätigkeiten durch Dezentralisierung und einer weiteren Zersplitterung von Arbeitsprozessen, möglicherweise sogar durch Teleheimarbeit, wird die Organisation von Interessen auf seiten der abhängig Beschäftigten sich noch drastisch erschweren. Gleichzeitig können aber auch Konflikte, die durch Problemkumulation bei der Einführung neuer Technologien hervorgerufen werden, motivationsverstärkend auf die Organisation von gemeinsam betroffenen Interessen in Betrieben zurückwirken. Es erscheint besonders wichtig, daß die indirekten Auswirkungen einer Entwicklung zur Informationsgesellschaft auf die Organisationsfähigkeit der Interessen von Arbeitnehmern sehr viel gravierender sind als die direkten Probleme, die im Betrieb durch die Anwendung neuer Informationstechnologien entstehen mögen.

Die verfassungsrechtliche Problematik von neuen Informationstechnologien hat sich bisher zu stark auf das Verhältnis von Bürger und Staat, auf Datenschutz und das vom Bundesverfassungsgericht neu geschöpfte Recht der „informationellen Selbstbestimmung“ konzentriert⁵¹⁾. Dagegen wurde der intermediäre Bereich organisierter Interessen bisher kaum thematisiert. Folgende Tendenzen sind in Ansätzen erkennbar:

— Die Funktion von großen Interessengruppen, den Staat mit Informationen zu versorgen, wird durch einen intensiven Ausbau von

⁴⁹⁾ Einen Überblick der Gesamtproblematik liefern: Ulrich von Alemann/Heribert Schatz u. a., Mensch und Technik. Grundlagen und Perspektiven einer sozialverträglichen Technikgestaltung, Opladen 1985 (im Erscheinen).

⁵⁰⁾ Paul Kevenhörster, Politik im elektronischen Zeitalter. Politische Wirkungen der Informationstechnik, Baden-Baden 1984.

⁵¹⁾ Vgl. dazu die Beiträge in: Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat. Strategien zur Wahrung der Freiheitsrechte im Computerzeitalter. Gutachten zum Symposium der Hessischen Landesregierung vom 3. bis 5. September 1984, Wiesbaden 1984.

administrativen Informationstechniken zunehmend obsolet, dadurch sinkt die Bedeutung von Großorganisationen.

— Wie in anderen gesellschaftlichen Großorganisationen, so steigert auch in Interessenorganisationen die Elektronisierung von Information eher den Informationsvorsprung der Organisationsspitze gegenüber als der Basis. Freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit, ob Einkassieren der Beiträge oder persönliches Einladen zu Veranstaltungen, entfällt immer stärker. Der Aktivitätsgrad in Interessenorganisationen kann insgesamt dadurch sinken.

— Elektronische Massenkommunikationsmedien absorbieren immer mehr die Erholungsphase in der Freizeit. Aktives Engagement in freiwilligen Interessenorganisationen, gerade bei bestimmten Segmenten in der Bevölkerung wie insbesondere Jugendlichen, aber auch älteren Menschen, kann dadurch drastisch zurückgehen. Erste Rückgänge des Organisationsgrades bei Jugendlichen werden bei Gewerkschaften, aber auch im übrigen Vereins- und Verbandswesen in der Bundesrepublik deutlich beobachtet.

— Die Funktion von organisierten Interessen als Informations- und Kommunikationsmittel für die lokale Mitgliedschaft kann durch Zunahme lokaler elektronischer Medien zunehmend verkümmern. Das für die gesellschaftliche Sozialisation bedeutsame „unpolitische“ Vereinswesen verliert dadurch an Bedeutung.

Diese zum Teil beobachtbaren, zum Teil erwarteten Folgen einer Informationsgesellschaft auf die Interessenorganisationen sind hier keineswegs vollständig und abschließend abgehandelt. Die Erforschung der Auswirkungen neuer Technologien auf den intermediären Bereich der Gesellschaft steht noch ganz am Anfang. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Forschung in Zukunft diesem Bereich intensiver annimmt.

3. Beispiel Parteienfinanzierung

Das letzte Beispiel zum Wandel von organisierten Interessen stammt nicht aus einem gesellschaftlichen Teilbereich wie Umweltschutz oder Informationsgesellschaft, sondern aus dem Methodenrepertoire von Interessenorganisationen. Die traditionelle Beschäftigung mit den Mitteln der Durchsetzung organisierter Interessen konzentrierte sich auf den Lobbyismus in der Vorhalle des Parlamentes: auf Eingaben der Bonner Verbindungsbüros, auf Durchdringung von Parteien und Parlamenten durch Patronage, auf Drohung mit Stimmenentzug und auf Informationsbeschaffung für die Administration. Kor-

ruption und Bestechung, Drohung, Nötigung und Gewalt sind in der Interessengruppenliteratur gemeinhin nicht vorgesehen.

Eine Ausnahme bildet hier die Darstellung von Klaus von Beyme, in der die beiden Tatbestände jeweils Kapitelüberschriften im Abschnitt über Methoden der Interessengruppen bilden⁵²⁾. In anderen Ländern, insbesondere in den USA, wird die Adaption illegaler Praktiken durch Interessenorganisationen sehr viel kühler analysiert. Dies gipfelt in der Auffassung einiger funktionalistischer Systemtheoretiker, daß Korruption im engeren Sinne als funktional und daher unvermeidlich anzusehen sei, wie ein Autor mit seiner lapidaren Feststellung ausdrückt: „Some corruption is inevitable in a city like Chicago“⁵³⁾.

Seit der Flick-Affäre und den weiteren Verfahren über Steuerhinterziehungen, Korruptionsanklagen und Bestechungsverfahren in den Affären um die Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik muß auch hier neu über die Methoden der Interessensvermittlung nachgedacht werden. Der ganze Komplex der Parteienfinanzierung ist dabei außerordentlich vielschichtig⁵⁴⁾. Es gehören dazu:

1. Der Fall Flick im engeren Sinne mit den zur Zeit laufenden Verfahren wegen Bestechung bzw. Bestechlichkeit gegen Eberhard von Brauchitsch, Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff.

2. Die Parteienfinanzierung durch Steuerhinterziehung mittels illegaler Spendenquittungen. Mindestens 16 Staatsanwaltschaften ermitteln derzeit in über 1 000 Fällen gegen Unternehmen, die durch Scheingutachten, Blindanzeigen, Mitgliedschaft in Quasi-Berufsverbänden oder besonders über sogenannte „staatsbürgerliche Vereinigungen“ Geldzuwendungen an Parteien einerseits als gemeinnützig steuerlich abgesetzt und andererseits die Offenlegung der Parteispenden nach der im Grundgesetz vorgeschriebenen Rechenschaftspflicht der Parteien umgangen haben.

3. Die dritte Dimension des Skandals um Parteienfinanzierung betrifft die Amnestie von Straftatbeständen im Zusammenhang mit Parteispenden, die zwischen 1981 und 1984 mehrfach versucht worden war.

Bei dieser dritten Dimension ist ein besonders enger Verbund zwischen organisierten Interessen und Parlamentsparteien zu beob-

achten. Es wird durchaus die These vertreten, daß das Scheitern des ersten Amnestieversuchs im Winter 1981/82 eine entscheidende Bruchstelle der sozial-liberalen Koalition gewesen sei. Der bisher letzte Amnestieversuch im Sommer 1984 gehört sicher zu den bis dahin schwersten politischen Belastungen der konservativ-liberalen Koalition. Wie auch die gesamte Aufdeckung des Skandals, so ist die Vereitelung der Amnestieversuche nicht spontanen Bewegungen oder organisierten Interessen, sondern allein der durch die Medien mobilisierten öffentlichen Meinung zu verdanken. Da dies so ist, stellt sich die Frage, was hat die ganze Affäre um illegale Formen der Parteienfinanzierung in der Bundesrepublik dann mit dem Wandel organisierter Interessen zu tun?

Dies mag an zwei Aspekten deutlich werden: an einem verdeckten und retrospektiven sowie an einem offenliegenden und in die Zukunft weisenden Aspekt. Zunächst kann man feststellen, daß sich an den Formen der Parteienfinanzierung ein normalerweise verdecktes drittes Gesicht der Macht zeigt. In den siebziger Jahren wurden die traditionellen Untersuchungen pluralistischer Interessenpolitik mit der Feststellung kritisiert, daß die sichtbaren Entscheidungen in Parlament und Regierung, auf die Interessengruppen Einfluß nehmen, nur ein offen zutage liegendes Gesicht der Macht, sozusagen die Vorderansicht, repräsentierten. Das zweite Gesicht von Machtstrukturen in einer Gesellschaft, sozusagen die Rückseite, ließe sich nicht durch Eingaben, Demonstrationen, Protestaktionen von Interessengruppen herausfinden. Hierbei handele es sich nämlich um eingebaute Strukturen und Machtvorteile von Interessen in einer Gesellschaft, die offenen Druck gar nicht einsetzen müßten, um ihre Ziele zu erreichen. Entscheidungen zeigten die Vorderseite der Macht, Nichtentscheidungen seien das verdeckte zweite Gesicht von Herrschaftsprozessen⁵⁵⁾.

Korrumpierte Praktiken sind allerdings ein Indiz, daß dieses zweite Gesicht von Herrschaftsprozessen nicht so reibungslos als selbstverständliche Machtstruktur funktionieren kann. Denn wenn der Staat ohnehin das Geschäft des Kapitals betriebe, wozu dann noch Bestechung? Das dritte Gesicht der Macht in der Dunkelheit von Korruption, Bestechung, Drohung und Nötigung verlangt noch sehr viel intensivere Erforschung, die aber so, wie die Dinge liegen, manchmal durch Gerichtspro-

⁵²⁾ Klaus von Beyme (Anm. 8), S. 230 ff.

⁵³⁾ Edward C. Banfield, zit. nach Klaus von Beyme (Anm. 8), S. 231.

⁵⁴⁾ Vgl. Ulrich von Alemann, Politische Moral und politische Kultur in der Bundesrepublik — Vergiften oder reinigen Skandale die Politik?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 36 (1985) 5, S. 258—269.

⁵⁵⁾ Peter Bachrach/Morton S. Baratz, Macht und Armut, mit einer Einleitung von Claus Offe, Frankfurt 1977.

zesse oder durch investigativen, aufdecken- den Journalismus besser als durch For- schungsprozesse gefördert werden kann.

Bezüglich der Bedeutung von organisierten Interessen ist aus der Flick-Affäre bereits ein deutliches Ergebnis zutage getreten: Es be- darf eben nicht nur der Organisation von In- teressen in Verbandsform, um in der Illegalität des dritten Gesichtes der Macht Wirkung zu entfalten. Großkonzerne und Einzelunter- nehmer haben mittels ihrer finanziellen Res- sourcen die Möglichkeit, ohne die Bindung an Verbände und deren Informationssysteme ei- gene Wirkung zu erzielen.

Der zweite wichtige Aspekt des gesamten Parteienfinanzierungskomplexes betrifft die Rolle des Trägers der Enthüllung sowie die Mobilisierung. Allein die Presse und hier nur

wenige Publikationsorgane, an der Spitze das Nachrichtenmagazin Der Spiegel, waren in der Lage, eine breite mobilisierende Wirkung zu erzielen. Keine organisierten Interessen, keine politische Bewegung war fähig; die The- menstellung aufzugreifen und noch weiter zu verbreiten. Trotz weiterer Enthüllungen der Praktiken von einzelnen Industrieverbänden und Branchen (Pharmaindustrie und Versi- cherungswirtschaft) konnte eine Verstärkung der Mobilisierung der Öffentlichkeit aller- dings nicht erreicht werden. Offensichtlich ist eine Personalisierung, wie bei den Akteuren der Flick-Affäre möglich, Voraussetzung ei- ner erfolgreichen Vermittlung in den Medien. Eine solche Funktion der Medien als Träger mobilisierender politischer Aktionen steht uns für die Zukunft der Informationsgesell- schaft wohl noch stärker bevor.]

VI. Schlußthesen: Erosion oder Transformation?

1. Organisierte Interessen bilden neben den Parteien und den Medien die dritte Säule des intermediären Bereiches zwischen Individuum und Institutionen. Ihre Beweglichkeit und prinzipielle Offenheit, ihre Widersprüchlichkeit und Vielfalt sind wichtige Kriterien einer offenen Gesellschaft.

2. Die Bundesrepublik ist eine organisierte Gesellschaft, die von einem besonders ausgeprägten Netz organisierter Interessen im Wirtschaftsbereich und in der Arbeitswelt, im sozialen und im gesellschaftspolitischen Be- reich, im Bereich von Freizeit, Religion, Kul- tur und Wissenschaft geprägt ist.

3. Auch in der Bundesrepublik erleben wir in den letzten drei Jahrzehnten einen deutlichen Wandel von Interessenpolitik. Studen- tenbewegung und Bürgerinitiativen, Frie- densbewegung und Umweltpolitik konkurrieren mit herkömmlichen Interessenverbänden. Erleben wir einen Zerfall der Organisations- kraft durch Großgruppen?

4. Die sozialwissenschaftlichen Erklärungen des Verhaltens von organisierten Interessen, ob Pluralismustheorie, Hypothesen der Neuen Politischen Ökonomie, Theoreme des Neo-Korporatismus oder des Postmaterialis- mus, greifen immer nur Teilaspekte heraus. Keine kann für sich eine Gesamtbegründung und Deutung des Wandels organisierter In- teressen bieten. Alle vier Ansätze erscheinen nicht ausgereizt und verlangen theoretische und empirische Weiterarbeit zur integrativen Erklärung von Organisationsprozessen in ei- ner sich wandelnden Gesellschaft.

5. Das Fallbeispiel Umweltschutz verweist auf die Möglichkeit, auch zunächst nicht organi- sations- und konfliktfähig erscheinende In- teressen zu einem Engagement zu motivieren. Es zeigt eine neue Bandbreite organisierter In- teressen auf. Die Verbändeforschung darf sich nicht mehr allein an einem engen, formalen Organisationsbegriff festhalten, sondern muß die neuen sozialen Bewegungen in ihrer gan- zen neuen Unübersichtlichkeit miteinfassen.

6. Das Fallbeispiel Informationsgesellschaft will die Risiken für Organisationen in Ökono- mie, besonders für die Gewerkschaften, und auch in der Gesamtgesellschaft illustrieren, die den traditionellen Mitgliederverbänden entstehen, wenn deren Funktion durch neue Medien teilweise aufgehoben wird. Eine Transformation des gesamten intermediären Bereiches — d. h. eine Zurückdrängung der organisierten Interessen als Vermittlungs- agenten zugunsten neuer Vermittlungsfor- men durch Medien und direkte Interaktion Individuum/Institutionen — wird in Ansätzen erkennbar.

7. Das Fallbeispiel Parteienfinanzierung soll auf ein drittes Gesicht der Macht aufmerksam machen, das von der deutschen Interessen- gruppenforschung vernachlässigt wird. Die Flick-Affäre und ihre Begleitumstände haben drastisch illustriert, daß auch informelle bis illegale Praktiken der Interessendurchset- zung bei der Analyse von Methoden und Stra- tegien organisierter Interessen berücksichtigt werden müssen. Und der Gesamtkomplex hat erneut auf die Bedeutung der Medien verwie-

sen, denen die Aufdeckung dieses dritten Gesichtes der Macht zu verdanken ist.

8. Zur Zeit läßt sich keine Erosion, also kein Zerfall der Bedeutung organisierter Interessen in der Bundesrepublik belegen, wohl aber sind deutliche Ansätze zur Transformation erkennbar. Diese liegen besonders in drei Tendenzen: der Formierung von Interessen zu

korporativen Einheiten, in Bonn neuerdings auch „Trialog“ genannt; der Auflockerung von Organisationsformen durch neue soziale Bewegungen; der stärkeren Bedeutung der Medien im intermediären Bereich, die in einer zukünftigen „Informationsgesellschaft“ durchaus zu stärkeren Konkurrenten für die Mobilisierung und Organisation von Interessen heranwachsen können.

Soziale Konflikte und Parteiensystem in der Bundesrepublik

Auch das Parteiensystem als Ganzes besitzt kein Monopol auf die politische Willensbildung des Volkes. Das Volk hat in den vergangenen zehn Jahren in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen gezeigt, was es aus eigener Kraft vermag. Parteien sind dadurch nicht überflüssig geworden, aber ihre Grenzen treten deutlicher hervor als je, seit die Frage gestellt wurde: „Parteien — oder was sonst?“¹⁾ und die Allmachtsphantasien der Parteien durch die Parteienstaatslehre von Gerhard Leibholz Nahrung bekamen²⁾.

Die verwaiste Zwischenebene zwischen Gesellschaft und Parteien hat sich wieder gefüllt. Welche Gründe auch sonst noch dafür heranzuziehen sein werden: Defizite, die die Parteien selbst zu verantworten haben, sind nicht zu übersehen. Dabei geht es um immanente Strukturschwächen des Parteiensystems, die sich unter dem Druck neuer Probleme und Verhaltenserwartungen verschärft haben.

Obwohl es heute schwer ist, über Parteien im allgemeinen zu reden, ohne auf ihre Finanzierungsskandale zu sprechen zu kommen, hat das Ausklammern dieser Frage auch einen Vorteil. Vordergründiges Moralisieren kann

dann nicht den Blick verbauen auf Entwicklungsfehler, für die hemmungslöse Finanzierungspraktiken nur ein Symptom neben anderen ist. Diese Finanzierungsgewohnheiten sind Ausdruck eines Absolutismus in parteienstaatlicher Form, der die Herrschenden außerhalb des Rechts stellt und auf — der Öffentlichkeit — verborgenen Kanälen ressourcenstarken Gruppen (hier: den Finanzkräftigen) einen privilegierten Zugang und Einfluß auf die Machthaber verschafft.

Worin besteht der Gesellschaftswandel, auf dessen Herausforderungen das Parteiensystem reagieren muß, soll es seiner Vermittlungsfunktion gerecht werden?

Welche sozialen Verankerungen haben die traditionellen, vor allem aber die neuen Konfliktlinien, und was bedeutet das für ihre Dauerhaftigkeit?

Zu welchen Umstrukturierungen im Parteiensystem führt der soziale Wandel?

Wieweit zeigen sich dabei Schwächen und Grenzen des in der Bundesrepublik dominierenden Typs der Volkspartei und entwickelt sich mit den GRÜNEN ein alternativer Parteityp jenseits der Volkspartei?³⁾

I. Gesellschaftswandel

Der soziale Wandel, auf den die Parteien reagieren müssen, kann in diesem Rahmen nur in wenigen Stichworten angedeutet werden. Zu betonen ist die Gleichzeitigkeit des Auftretens objektiver gesellschaftlicher Probleme, die viele betreffen, aber — verglichen damit — relativ wenige mobilisieren, mit neu auf die politische Bühne drängenden Großgruppen, die die Probleme ideologisch verknüpfen, aufgrund ihrer Bedürfnislagen interpretieren und als Trägergruppen politischer Aktion in das politische System einführen. Probleme, die sonst als Teilaspekte eines so-

zioökonomischen Modernisierungsprozesses angesehen würden, erhalten so eine grundsätzlich system- und entwicklungskritische Dimension. Ökologische Ziele z. B. sind nicht der Vielzahl anderer politischer Ziele additiv hinzuzufügen (im Sinne der Harmonisierungsformeln von Ökonomie und Ökologie und eines industrialisierten Umweltschutzes), sondern werden als eine der Grundlagen notwendiger gesellschaftlicher Neuorientierung verstanden.

Analytisch wäre der Gesellschaftswandel ausdifferenzieren in:

a) einen Problem - bzw. Aufgabenwandel, der sich aus den negativen Folgeerscheinungen

¹⁾ Vgl. Wilhelm Grewe, Parteienstaat — oder was sonst?, in: Der Monat, 3 (1951) 36.

²⁾ Vgl. Gerhard Leibholz, Strukturprobleme der modernen Demokratie, Frankfurt 1974, und Wilhelm Hennis, Überdehnt und abgekoppelt. An den Grenzen des Parteienstaates, in: Christian Graf von Krockow (Hrsg.), Brauchen wir ein neues Parteiensystem?, Frankfurt 1983, S. 28 ff.

³⁾ Probleme innerparteilicher Demokratie, die mit den GRÜNEN wenn nicht eine neue Dimension erhalten haben, so doch mindestens neu auf die Tagesordnung gesetzt worden sind, bedürfen einer eigenen Darstellung.

des industriellen Wachstums auch schon bei immanenter Bewertung ergibt. Wenn das Wasser so verschmutzt ist, daß es für industrielle Zwecke nur noch begrenzt verwendungsfähig ist oder die Kosten für die „Reparatur der Arbeitskraft“ wesentliche Teile des erarbeiteten Einkommens auffressen, ist ein Grad an Kontraproduktivität erreicht, der schon auf zweckrationaler Ebene kritikwürdig wird;

b) einen sozialstrukturellen und Wertwandel, der neue Trägergruppen mit spezifischen Interessen und verändertem Wertprofil hervorbringt.

Probleme \longleftrightarrow Trägergruppen

↙ ↘
Gesellschaftswandel

Auf unverändert kapitalistischer Grundlage findet dabei ein Systemwandel statt in Richtung von einer industriellen zu einer nachindustriellen Gesellschaft⁴⁾. Die nachindustrielle Gesellschaft umfaßt nach wie vor einen umfangreichen industriellen Sektor, ist aber vor allem auf der Ebene der Arbeitskraft gekennzeichnet durch einen stark expandierenden Dienstleistungssektor. Mehr noch als an der offiziellen Sektorenstatistik ablesbar, wird Arbeit faktisch in ausgedehntem Maße Dienstleistungsarbeit mit zwar keineswegs durchgängig, aber vielfach charakteristisch größeren Autonomiespielräumen und höheren Qualifikationsanforderungen, als es bei der industriell geprägten Arbeit der Fall war.

Der Übergang zur „industriellen Dienstleistungsgesellschaft“, als welche die postindustrielle Gesellschaft charakterisiert werden kann, hat nun die Eigentümlichkeit, auf der einen Seite die Prägung der Menschen durch die Prozesse industrieller Fertigung zu *senken*. Auf der anderen Seite steigert er die faktische und ideelle Betroffenheit durch die externen Wirkungen von Industrien, die für die industrielle Entwicklungsphase charakteristisch sind (chemische Industrie, Automobil-, Atomindustrie etc.). Die Ungleichzeitigkeit der Emanzipation von der industriellen Produktion und die (gesteigerte) Betroffenheit durch diese bilden den Hintergrund für die neu entstandene soziopolitische Konfliktlinie.

Auf der Problemebene ist für die Politisierung der aufgeworfenen Fragen deren enge Verzahnung kennzeichnend. Wie Wissenschaft

⁴⁾ Ausführlich und auch im Zusammenhang mit politischen Konsequenzen diskutiert bei Joachim Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt-New York 1985 (dort auch Literaturhinweise).

und Technik, die sozialen Träger des industriellen Wachstums (Arbeit und Kapital) und der bürokratisch-zentralistische Staat sich wechselseitig bedingen und symbiotisch zusammenwachsen, so auch die Technik-, Wachstums- und Bürokratiekritik. Diese Kritik entwickelt Maßstäbe der Umwelt- und Sozialverträglichkeit, durch welche die bisherige Bewertungsgrundlage, der materielle Fortschritt, umgestoßen wird. Durch die Verzahnung der Probleme wird einerseits die isolierte Lösung von Problemen erschwert oder unmöglich gemacht (immer wieder erfahrbar im Bereich der Umweltpolitik). Zum anderen wird dadurch die Suche nach einem gemeinsamen Nenner der Kritik, man könnte auch sagen: deren Ideologisierungspotential⁵⁾, gefördert. Die Abwehr einer „Kolonialisierung der Lebenswelt“⁶⁾ oder die Ausdehnung von Maßstäben der Lebensweise⁷⁾ sind Beispiele für eine Verallgemeinerungstendenz, die — unabhängig von den intellektuellen Neigungen der sozialen Träger des Protests — schon in der Struktur der Probleme angelegt ist.

Wenn bereits an dieser Stelle die Intelligenz als soziale Gruppe, als wesentliches sozialstrukturelles Element der neuen Konfliktlinien eingeführt wird, so ermöglicht das, deren eigenen, subjektiven Beitrag zur öffentlich-politischen Definition der objektiven Systemprobleme in den Blick zu nehmen. Sie ist dabei weder als abhängige Variable des Konflikts zwischen herrschender und beherrschter Klasse noch als sozial freischwebend mit der Fähigkeit zur Synthese der Zeitströmungen zu verstehen⁸⁾. Die Intelligenz ist immer, spätestens aber seit Erreichen eines Großgruppenstatus, eine Sozialgruppe mit eigenen Bedürfnissen und Interessen.

In unserem Zusammenhang soll das für sie charakteristische Bedürfnis betont werden, eine zeit- und gesellschaftsbezogene, intellektuell anspruchsvollere, soziokulturelle Identität zu gewinnen. In der Zeit des Kampfes um soziale und politische Herrschaft konnte die Identitätssuche sich am dominanten Klassenkonflikt festmachen: Die Intelligenz war zwischen den antagonistischen Großgruppen polarisiert und — rechts oder links — mit ihnen

⁵⁾ Ideologie hier im Sinne eines um Konsistenz bemühten Interpretationszusammenhangs.

⁶⁾ Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2, Frankfurt 1981.

⁷⁾ Vgl. Joachim Raschke, Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/80, S. 23 ff.

⁸⁾ Die interessanteste aktualitätsbezogene soziologische Analyse der Intelligenz findet sich bei Alvin W. Gouldner, Die Intelligenz als neue Klasse. 16 Thesen zur Zukunft der Intellektuellen und der technischen Intelligenz, Frankfurt-New York 1980.

identifiziert. Unter den Bedingungen eines gezähmten Klassenkonflikts wird die Identitätssuche heute mit kritischen Systemproblemen verknüpft. Die Intelligenz wäre nicht Intelligenz, würde sie nicht das darin liegende Verallgemeinerungs- und Radikalisierungspotential ausschöpfen.

Zwei Realgrößen erzeugen also die Fragen, mit denen sich die Parteien in der Bundesrepublik auseinandersetzen müssen:

- die objektive gesellschaftliche Entwicklung im Übergang zum Postindustrialismus sowie
- die durch diese hervorgebrachte neue soziale Gruppe der „Massenintelligenz“.

Man kann beide Realitäten leugnen und die derzeitigen Probleme als notwendige Begleiterscheinungen industriellen Wachstums (und mit dessen Mitteln zu lösen), die Interpretationen der Intelligenz als Hirngespinnste⁹⁾ betrachten. Die Wirksamkeit der Grundsatzkritik beruht aber genau darauf, daß die Probleme ihre objektive Grundlage haben und erfahrbar sind¹⁰⁾.

II. Soziopolitische Konfliktlinien

„Cleavage“, das im Deutschen mit „soziopolitischer Konfliktlinie“ übersetzt werden kann, bezeichnet eine dauerhafte politische Konfliktlinie, die in sozialen Strukturen verankert ist. Das theoretische Konzept wurde im Rahmen einer Parteien- und Wähleranalyse entwickelt, die auf der Suche nach relativ stabilen gesellschaftlichen Grundlagen (und Erklärungsfaktoren) des Parteiensystems war¹¹⁾.

Seymour M. Lipset und Stein Rokkan unterschieden in ihrer Analyse vier Konfliktlinien. Zwei haben sozioökonomische Grundlagen: der Gegensatz von Land und Stadt (bzw. landwirtschaftlichen und industriell-kaufmännischen Interessen) und die Spaltung zwischen Arbeit und Kapital. Die beiden anderen Konfliktlinien sind soziokulturell bestimmt: der Gegensatz von Kirche und Staat (bzw. katholischer und protestantischer Konfession) und der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie,

Für das Parteiensystem ergeben sich damit Herausforderungen auf mehreren Ebenen:

— Die Probleme sind nur noch eingeschränkt als immanente, d. h. als technisch beherrschbare Probleme zu behandeln, sobald die verallgemeinernde und radikalisierte Sichtweise der neuen Opposition alternative Interpretationen in Umlauf gesetzt hat.

— Die neuen Gruppen mit ihren veränderten Wertpräferenzen und eigenständigen Handlungskompetenzen sind von den Parteien nur mit hohen Kosten (Verlust traditioneller Gruppen) als Wähler oder Parteimitglieder integrierbar.

— Die neuen Politikformen (Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, soziale Bewegungen) sind nicht nur Ausdruck von Repräsentationsdefiziten des etablierten Parteiensystems, sondern entsprechen auch genuinen Bedürfnissen der Massenintelligenz; sie sind durch Integrationsstrategien schwer oder gar nicht zu absorbieren.

Bevor die Reaktionsmöglichkeiten des Parteiensystems diskutiert werden, gilt es zunächst, die neue Konfliktlinie genauer zu umreißen.

rie, der auf ethnischen, sprachlichen und anderen kulturellen Unterschieden beruht.

Diese Konfliktlinien reichen zeitlich zum Teil weit hinter die Entstehung der europäischen Parteiensysteme zurück, waren aber in solchem Maße gesellschaftlich verankert, daß von ihnen parteibildende Kraft ausging. Weichenstellende Ereignisse führten zu politischen Verdichtungen mit ihrer fortwirkenden Prägestärke. Dazu gehört das Zeitalter der Reformation, „in dem sich die neuen staatlich-politischen Zentren mit den Instrumenten der nationalen Kirche und der nationalen Sprache gegenüber den Peripherien durchzusetzen anschickten, dann die Französische Revolution, die im Kampf zwischen Staat und Kirche um die Schulaufsicht die ‚nationale‘ Revolution fortsetzte, sowie schließlich die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts mit ihrer Verschärfung des traditionellen Stadt-Land-Gegensatzes einerseits und der neuen Unterscheidung von Unternehmern (Besitz) und Arbeitern andererseits.“¹²⁾

⁹⁾ Wie Helmut Schmidt seinerzeit sinngemäß sagte: Die Krise findet in ihren Köpfen statt.

¹⁰⁾ Ein zentraler Gesichtspunkt, der in der Untersuchung von Wilhelm P. Bürklin, Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem, Opladen 1984, völlig ausgeblendet wird.

¹¹⁾ Die frühe, einflußreiche Analyse stammt von Seymour M. Lipset/Stein Rokkan (Eds.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York-London 1967.

¹²⁾ Hans Boldt, Stein Rokkans Parteitheorie und die Vergleichende Verfassungsgeschichte, in: Lotar Albertin/Werner Link (Hrsg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1981, S. 91 ff.

Beeindruckt von den weit zurückreichenden historischen Grundlagen des Parteiensystems und vom langandauernden Fortbestehen der ursprünglichen Parteiformationen formulierten Seymour M. Lipset und Stein Rokkan die These, die westeuropäischen Parteiensysteme seien in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts „eingefroren“, d. h., sie seien — was immer sich verändert habe — nicht aufgrund neuer grundlegender Konfliktlinien umgestaltet worden.

Aber schon kurz nach Veröffentlichung der Studie, vor dem Hintergrund der Studentenbewegungen und eines sozialstrukturellen Wandels, steuerte Erik Allardt die These bei, es entwickle sich eine neue Konfliktlinie, die ihre strukturelle Grundlage in der „Bildungsrevolution“ habe¹³⁾. Die Fortsetzung des Studentenprotests in den Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre unterstützte die Annahme, hier sei eine neue, dauerhafte Konfliktlinie entstanden, die zum Teil ja auch — vor allem in der Bundesrepublik — zur Umstrukturierung der Parteiensysteme geführt habe¹⁴⁾.

Wichtig am Konzept der soziopolitischen Konfliktlinien ist, daß es über kurzfristige Themen, Strömungen und Aktionen hinweg eine dauerhaftere Verortung politischer Spaltungen ermöglicht. Damit ist der makrostrukturellen, langfristigen Gesellschafts- und Poli-

tikanalyse ein wichtiges Hilfsmittel an die Hand gegeben.

Nicht zwingend dagegen sind zwei Einschränkungen, die häufig mit dem Ansatz verbunden werden:

a) Zum einen wird behauptet, der Konflikt müsse sich auf sozialstrukturell abgrenzbare „latente Interessengruppen“ stützen: „Neue ideologische Spannungslinien wie der Gegensatz zwischen den traditionellen Parteien und ökologischen Bewegungen lassen sich nicht mehr auf Interessengegensätze zwischen bestimmten sozialen Gruppierungen zurückführen. Wenn Studenten und jüngere Akademiker stärker als ältere Wähler mit Bewegungen wie den GRÜNEN sympathisieren, vertreten sie nicht wie in der traditionellen Interessengruppenpolitik partikuläre Interessen ihrer eigenen Gruppe, sondern setzen sich für öffentliche Güter ein wie eine saubere Umwelt, von deren Genuß später niemand ausgeschlossen werden kann. Insofern ist hier auch die Vorstellung von der allmählichen politischen Mobilisierung einer latenten Interessengruppe nicht angebracht. Träger dieser neuen Bewegungen sind deshalb oft Wertgemeinschaften und nicht über ihre Interessenlage abgrenzbare sozialstrukturelle Gruppierungen.“¹⁵⁾

Dagegen kann zweierlei eingewendet werden. Zum einen wird dabei die sozialstrukturell eingegrenzte und vor allem in der primären Trägergruppe deutlich umrissene Basis der neuen Konfliktlinie vernachlässigt, die auch interessenmäßiger Interpretation offensteht (s. u.). Zum anderen ist die sozialstrukturell definierbare Gruppe nur eine Ausprägung der in diesem Zusammenhang wichtigen Bedingung, die heißt: Konfliktlinie mit *dauerhafter* gesellschaftlicher Grundlage. Wertgemeinschaften, zumal wenn sie sich über ein Milieu verfestigen, haben auch bei einer größeren Streubreite objektiv-struktureller Merkmale eine Stabilisierungschance. Auch bei der konfessionellen Konfliktlinie kommt es ja weniger auf das objektive Merkmal des Tauschens bzw. das formelle Merkmal der Kirchenmitgliedschaft als auf die Aktualisierung von Wert- bzw. Glaubensüberzeugungen an (z. B. die Häufigkeit des Kirchgangs).

b) Die zweite Einschränkung besteht darin, daß die Politikform, in der sich die Konfliktlinie ausdrücken muß, auf die Partei begrenzt wird.

¹³⁾ Vgl. Erik Allardt, Past and Emerging Political Cleavages, in: Otto Stammer (Hrsg.), Parteiensysteme, Parteiorganisationen und die neuen politischen Bewegungen, Berlin 1968, S. 66 ff.

¹⁴⁾ Vgl. u. a. Ronald Inglehart, Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 24 (1983), S. 139 ff., und Christian Fenner, Was ist eingefroren in den Parteiensystemen?, in: Jürgen W. Falter et al. (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984, S. 23 ff. Vor allem zur historischen Vertiefung der Konfliktlinien interessant die kritische Ergänzung von Hans Boldt (Anm. 12), S. 92. Nach Abschluß des Manuskripts erschien Jens Alber, Modernisierung, neue Spannungslinien und die politischen Chancen der GRÜNEN, in: PVS, 26 (1985), S. 211–226. Nur scheinbar an Seymour M. Lipset/Stein Rokkan anknüpfend, gibt die ahistorische Formalisierung des Lipset/Rokkan-Ansatzes deren so zentrale historisch-analytische Perspektive auf. Die mit den GRÜNEN verbundenen Konfliktlinien werden nicht als stabilisierbares cleavage interpretiert, sondern als generationsspezifische Unzufriedenheit. Die GRÜNEN seien im wesentlichen die „Partei frustrierter akademischer Plebejer“ (S. 220). Spätestens ab den neunziger Jahren werde das Wählerpotential der GRÜNEN in dem Maße schrumpfen, wie „die geburtschwachen Jahrgänge Einzug in die höheren Bildungsinstitutionen halten und die heutigen Absolventengruppen im Wirtschaftsleben Fuß fassen“ (S. 221).

¹⁵⁾ Franz Urban Pappi, Konfliktlinien, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Westliche Industriegesellschaften, München–Zürich 1983, S. 183 ff., hier S. 188 f.

Die Studie von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan fragte nach „Parteiensystemen und Wählerbindungen“. Partei- und Wahlform waren historisch seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts naheliegende Ausdrucksformen polarisierter sozialer Konfliktlinien. Als Politikform sind sie indessen nicht zwingend bzw. allein möglich. Soziale Bewegungen und Initiativgruppen der verschiedensten Art können alternative politische Ausdrucksformen grundlegender gesellschaftlicher Konflikte sein. Allerdings sind nicht alle Konfliktlinien durch soziale Bewegungen politisiert worden, nicht jede Partei wiederum, die auf eine solche Konflikt- oder Spaltungslinie zurückgeht, hatte den Unterbau einer sozialen Bewegung.

Kann sich eine Konfliktlinie so einerseits auch außerhalb von Parteien in sozialen Bewegungen manifestieren¹⁶⁾, so wird sie andererseits in den hochmobilisierten und formierten Parteiensystemen, mit denen wir es heute zu tun haben, nicht notwendig durch eine starke neue Partei ausgedrückt. Kleine — vielfach auch bestehende — Parteien können sich ganz der neuen Konfliktlinie öffnen. In größere, ideologisch nahestehende Parteien kann der Konflikt als eine innerparteiliche Spaltungslinie einziehen und so Einfluß auf die Konfliktformationen des gesamten Parteiensystems erhalten.

Für die Bundesrepublik heißt das, daß die Wähler der GRÜNEN allein nicht Indikator für die Stärke der neuen Konfliktlinie sind, sondern deren Wirksamkeit in den sozialen Bewegungen und vor allem in der SPD mitberücksichtigt werden muß¹⁷⁾.

Im folgenden soll zunächst nach der Ausprägung der neuen soziopolitischen Konfliktlinie, dann nach Inhalt und Bedeutung der traditionellen Spaltungen gefragt werden.

1. Die postindustrielle Konfliktlinie

Für die neue Konfliktlinie ist zunächst einmal eine geringere Eindeutigkeit als bei den traditionellen kennzeichnend. Der Inhalt des Kon-

¹⁶⁾ Hans Boldt (Anm. 12), S. 97, betont den Gesichtspunkt, daß sich cleavages auch in Verbänden ausdrücken können.

¹⁷⁾ Für eine interessante Analyse der internen Spaltung der SPD-Wählerschaft hinsichtlich des neuen cleavage vgl. Helmut Thome, Wertorientierungen und Parteipräferenzen in der Berliner Wählerschaft, Berlin 1985, erscheint in: Wählerschaft und Führungsschicht in Berlin. Eine Analyse gesellschaftlich-politischer Konflikte anlässlich der Wahlen 1981, Opladen 1985.

flikts kann sehr unterschiedlich definiert werden; er ist jedenfalls nicht wie die früheren Spaltungen durch ein zentrales, eindeutiges Problem bestimmt, sondern durch eine Problemkomplexität, die selbst wiederum der Interpretation bedarf. Auch die soziale Trägergruppe zeigt weniger prägnante Merkmale als die Trägergruppen in den früheren Spaltungslinien. Das gilt für beide Seiten des Konflikts, also auch für den Konfliktgegner, der heute sehr verschiedenartige Teilgruppen umfaßt (Unternehmer, Arbeiter etc.).

Schließlich fehlt es bei dem Erfordernis der Stabilisierungschance an Kriterien mit vergleichbarer Eindeutigkeit wie bei den traditionellen Konflikten. Objektive sozialstrukturelle Merkmale sind bei der neuen Konfliktlinie keine hinreichende Basis für deren Stabilisierung. Da sie aber auch bei den alten Spaltungslinien die Grundlage für Milieubildung waren, die das wichtige subkulturelle Unterfutter darstellte und damit wesentlich zu ihrer Dauerhaftigkeit beitrug, ist zu fragen, wie weit die aktiven Träger der neuen Spaltungslinie zu solcher Milieubildung fähig sind.

So ergibt sich im Unterschied zu der übersichtlichen (wenn auch nicht heilen) Welt der alten Spaltungslinien eine Struktur, die durch das Stichwort der „Neuen Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas) gut zu charakterisieren ist. Auch die Argumentationsstruktur wird dadurch komplizierter, so daß für die um Differenzierung bemühten Darlegungen im folgenden Abschnitt wohl etwas Geduld notwendig ist.

Geht man davon aus, daß nicht nur der Inhalt, sondern auch die interne Struktur der Spaltungslinie sich verändert hat, dann drückt die in diesem Beitrag entwickelte Argumentationslinie zugleich die Unwägbarkeiten aus, die in der Sache selbst liegen. Die hier vertretene, für manche sicherlich zu starke Behauptung eines neuen cleavage stützt sich auf im Kernbereich identifizierbare Trägergruppen, auf eine unverkennbare alternative Orientierung, die allerdings noch nicht auf den Punkt gebracht würde und vielleicht auch gar nicht zu bringen ist, sowie auf Umriss eines neuen Milieus, dem nicht nur deshalb die Stabilisierungschance abzusprechen ist, weil es anders als alle bisherigen Milieus strukturiert ist.

a) Inhaltliche Dimension

Es kann hier nicht ein neuer Versuch unternommen werden, die sehr verschiedenartigen Elemente der postindustriellen Konfliktlinie auf einen Nenner zu bringen (Technik- und

Wachstumskritik, Ökologie, Partizipation, Frauenemanzipation, Rüstung, Dritte Welt etc.), Postmaterialismus¹⁸⁾, Abwehr einer Kolonialisierung der Lebenswelt¹⁹⁾ oder das Paradigma der Lebensweise²⁰⁾ sind Beispiele für solche Integrationsversuche, über deren Nutzen sich streiten läßt.

Festgestellt werden kann allerdings, daß eine veränderte Werthierarchie, in der ökologische und bestimmte soziokulturelle Werte nach oben gerückt sind, die alternative Orientierung ebenso charakterisiert wie der Versuch einer grundlegenden Veränderung der Lebensweise. Diese soll sich aus dem Selbstlauf der Teilsysteme herauslösen, von individuell bestimmten menschlichen Bedürfnissen her eine nicht geliebene Identität aufbauen und von der Lebenswelt ausgehend das Gesamtsystem neu strukturieren. Allerdings fehlt dem oppositionellen Pol dieser Spaltungslinie der archimedische Punkt, von dem aus sich die kapitalistische Industriegesellschaft mit ihren normativen und institutionellen Begleiterscheinungen aushebeln ließe.

Kennzeichnend für die alternative Position sind die thematische Heterogenität, die strategische Unsicherheit und der Wunsch nach ganzheitlich-utopischer Politik- und Lebensgestaltung.

— Die ganzheitlich-utopische Orientierung will die weit fortgeschrittene gesellschaftliche Differenzierung — mindestens teilweise — rückgängig machen („Entdifferenzierung“), die verselbständigten Lebenssphären neu miteinander verkoppeln und auch die Politik aus der Borniertheit des Ressortprinzips herausführen.

— Die strategische Unsicherheit, die ihren Ausdruck z. B. in den Gruppenkämpfen der GRÜNEN findet, ist Ergebnis der Nichteindeutigkeit zentraler Ansatzpunkte, der Reichweite zu verfolgender Ziele und der dafür anzuwendenden Mittel.

— Thematische Heterogenität ist Ausfluß eines eher erfahrungs- als theoriegeleiteten Politikansatzes, dem sich heute praktisch kein Teilbereich mehr als unproblematisch verschließt, und der Unmöglichkeit, eine begründete Rangordnung zwischen den vielfältigen Themen herzustellen.

Es gibt keine Kriterien, mit denen sich über eine Priorisierung von Themen und den erreichbaren Grad an Entdifferenzierung entscheiden ließe und damit auch keine Grund-

lage für eine Strategie, die die Grade und Formen der Radikalität festzulegen hätte. Diese Unsicherheiten schwächen den Versuch eines konsistenten Gegenprogramms, nicht aber die Kritik. Diese Kritik ist das einigende Band; eine im doppelten Sinne negative Integration entsteht. Beim „positiven“ Gegenentwurf blühen hundert Blumen, aus denen kein Strauß zu binden ist — eine schillernde Konfliktlinie also, ohne inhaltlichen Namen: postindustrielles cleavage.

b) Strukturelle Basis

Jedes cleavage hat einen aktiven, die Konfliktlinie konstituierenden Pol. Dessen soziale Trägergruppe ist häufig klarer umrissen als die des reaktiven Pols, der notwendiger Bestandteil des Konfliktverhältnisses ist. Im Falle der beiden in der Bundesrepublik wirksamen traditionellen Konfliktlinien bildeten sich die diese konstituierenden Trägergruppen einerseits aus den Arbeitern (beim Klassen-cleavage), andererseits aus den Katholiken (beim Konfessions-cleavage). Die Wahlforscher haben diese Gruppen weiter eingegrenzt und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sowie die Katholiken mit größerer Kirchengangshäufigkeit als Kernbereiche bestimmt.

Welches sind nun die konstituierenden Trägergruppen der neuen Konfliktlinie? Anders als bei den beiden traditionellen Konfliktlinien reicht hier die Wähleranalyse noch nicht und nicht allein aus, da der wählersoziologische Ansatz einerseits ein politisch entfaltetes cleavage, andererseits die Verwendung sozialstrukturell aufschließender Kategorien voraussetzt. An beidem mangelt es bisher.

Neben der Wählerschaft der GRÜNEN sind vor allem die sozialen Trägergruppen der neuen Bewegungen²¹⁾ von Interesse, die den Konstituierungsprozeß der postindustriellen Konfliktlinie wesentlich tragen²²⁾. Zwei Merkmale treten bei deren Kerngruppen besonders hervor: höherer Bildungsgrad (Studium und/oder Abitur) und — soweit (schön) gegeben — berufliche Tätigkeit im Dienstleistungsbereich. Dabei sind geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplinen und Human-

¹⁸⁾ Vgl. Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton 1977.

¹⁹⁾ Vgl. Anm. 6.

²⁰⁾ Vgl. Anm. 7.

²¹⁾ Vgl. dazu Karl-Werner Brand et al., *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Frankfurt-New York 1983, und Roland Roth, *Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik — eine vorläufige Skizze*, in: Karl-Werner Brand (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt-New York 1985, S. 20 ff.

²²⁾ Zum sozialstrukturellen Profil und Literaturhinweisen vgl. Joachim Raschke (Anm. 4), S. 414 ff.

dienstleistungsbereich von besonderer Bedeutung. Daneben sind Momente der Marginalisierung relevant, die ihren Ausdruck vor allem in Arbeitslosigkeit und (neuer) Armut finden. Von wachsender Bedeutung scheint vor allem die Überschneidung von Marginalisierung (Arbeitslosigkeit, Gelegenheitsarbeit etc.) mit höherem Bildungsgrad zu sein. Da die Expansion der Intelligenz (in Verbindung mit umfassenden gesellschaftlichen Verwissenschaftlichungstendenzen) und des Dienstleistungsbereichs zentrale Merkmale im Rahmen der Postindustrialismustheorien darstellen²³⁾ und Marginalisierung in kritischen Versionen dieses Ansatzes²⁴⁾ gleichfalls als immanente Entwicklungstendenz des kapitalistischen Postindustrialismus erklärt werden, läßt sich von einem *postindustriellen cleavage* sprechen, mit sozialen Trägergruppen, die für diesen Gesellschaftstyp charakteristisch sind.

Die führende Rolle bei der Entfaltung der neuen Konfliktlinie spielt die Intelligenz. Dies bereitete sich vor mit der Studentenbewegung der sechziger Jahre, die zwar von wichtigen ihrer Strömungen als Revitalisierung marxistischer Praxis verstanden wurde, deren soziokultureller Protestgehalt aber für ihre gesamtgesellschaftliche Wirkung und für ihr thematisch verändertes bzw. erweitertes Fortwirken in den neuen sozialen Bewegungen tatsächlich von größerer Bedeutung war.

Historisch neu ist nicht, daß größere Teile der Intelligenz „links“ stehen. Das war auch schon in der Nationalbewegung und in der liberalen bzw. demokratischen Bewegung zwischen den Befreiungskriegen und der 1848er Revolution der Fall. Historisch neu ist, daß Intelligenz nicht nur Randbewegungen bildet oder nur ein (kleiner) Teil bzw. die Elite einer Bewegung mit primär anderem sozialem Hintergrund ist, sondern daß die neuen Bewegungen und die aus ihnen hervorgegangene Partei DIE GRÜNEN Ausdrucksform der nunmehr zu einer Großgruppe avancierten Intelligenz, eben der Massenintelligenz sind.

Zwar ist die Intelligenz bei weitem nicht groß genug, um auf Bündnisse verzichten zu können, sie muß sich aber erstmals *nicht* zwischen einer Anlehnung an die herrschenden oder oppositionellen Großgruppen entschei-

den, sondern hat in der postindustriellen Gesellschaft eine Basis zur Verfügung, von der aus sie ihre eigene Politik machen kann.

Welche Interessen hat nun die Intelligenz als soziale Gruppe im politischen Prozeß? Sicherlich verfolgt sie auch gruppenspezifische, partikuläre Interessen beispielsweise berufspolitischer Art (Lehrer- bzw. Akademikerarbeitslosigkeit etc.) und sicher hat sie auch machtpolitische Ambitionen als Gruppe im Konflikt mit anderen Großgruppen. Die Intelligenz als soziale Gruppe ist nie so „freischwebend“ (Karl Mannheim), daß es nicht notwendig wäre, solchen Interessenlagen nachzugehen. Charakteristisch ist hingegen, daß einige (viele?) ihrer Interessen zugleich universalistischer Art, einige (viele?) ihrer Forderungen also ohne partikularen Interessenbezug sind. Ein Beispiel für die Verknüpfung partikularer und universalistischer Interessen ist die von der Intelligenz betonte Forderung nach Freiheit geistiger Arbeit, deren rechtliche und faktische Sicherung nicht nur ein Intelligenz-, sondern ein Menschenrecht darstellt. Ein anderes Beispiel ist die Gewinnung soziokultureller Identität, die ein Bedürfnis aller Menschen darstellt, für die Großgruppe Intelligenz aber auch deshalb besonders wichtig ist, weil sie — auf Zeit oder unbegrenzt — in relativen Freiräumen und mit der Aufgabe lebt, in Auseinandersetzungen mit den normativen Grundlagen der Gesellschaft ihre eigene Position zu gewinnen. Identitätsbildung über Kritik und kritische Aneignung ist besonders ausgeprägt bei der geistes- und sozialwissenschaftlichen Intelligenz und entsprechenden Dienstleistenden (Lehrer, Sozialarbeiter, Pfarrer etc.).

Die in Vergangenheit wie Gegenwart stattfindende Überprüfung von Tradition und die Suche nach soziokultureller Identität ist in Beziehung zu setzen zu kritischen *Systemproblemen*. Waren dies in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland Probleme der Staats- bzw. Nationsbildung und der Liberalisierung bzw. Demokratisierung des Staates, so verfügte danach der auf die soziale Gleichheitsfrage zentrierte Klassenkonflikt über die größte gesellschaftliche Dynamik.

Mit der Befriedung dieses Konflikts drängten sich eher gruppenunspezifische Systemwidersprüche für eine Kritik auf: die autoritären Tendenzen einer sich demokratisch verstehenden Gesellschaft (Partizipationsthema), die sozialen, psychischen und psychosomatischen Kosten einer konkurrenzbetonten, hierarchischen Leistungsgesellschaft (Themen für Alternativkultur und -bewegung), die ökologischen Kosten eines aggressiven industriellen Wachstums (Ökologiethema), die

²³⁾ Vgl. u. a. Daniel Bell, *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt-New York 1975, und Alain Touraine, *Die postindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt 1972.

²⁴⁾ Vgl. Fred Block/Larry Hirschhorn, *New Productive Forces and the Contradictions of Contemporary Capitalism: A Post-Industrial Perspective*, in: *Theory and Society*, 7 (1979), S. 363ff., und André Gorz, *Wege ins Paradies*, Berlin 1983.

Unfriedfertigkeit und latente Sicherheitsbedrohung einer atomaren Rüstungspolitik (Friedensthema). Immer führten bestimmte Folgewirkungen des Systems zu Ergebnissen, die „eigentlich“ nicht gemeint waren.

Diese Probleme waren so allgemein, daß sie keine sozialstrukturell eingegrenzten Trägergruppen hatten, die ihre Politisierung hätten verfolgen können. Damit war eine Situation gegeben, in der die expandierende Intelligenz zum Bearbeiter von allgemeinen Problemen werden konnte, deren Lösung allen zugute kommen würde (im Sinne eines „allgemeinen Gutes“). Die Konstellation war also insgesamt gekennzeichnet durch die objektive Verschärfung allgemeiner, kritischer Systemprobleme, durch das Fehlen einer von ihnen primär betroffenen spezifischen Trägergruppe, durch die infolge der Bildungsexpansion und Tendenzen der Wissensgesellschaft zugleich ausgeweitete wie aufgewertete, gleichzeitig aber zum Teil auch „deklarierte“ Massenin-telligenz, die erstmals über ein politisch relevantes Eigenpotential verfügt.

Wenn dies — in der hier notwendigen Kürze — als plausibler Erklärungszusammenhang erscheint, bleibt die Frage: Warum geht der Hauptstrom dieser Bewegung nach links und zeigt eine überwiegend universalistische Wertorientierung, die als Aktualisierung der klassischen Wertetrias von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in bezug auf neue Probleme beschreibbar ist?²⁵⁾

Historisch-politisch wäre zur Beantwortung dieser Frage zu verweisen einerseits auf die Diskreditierung der (radikalen) Rechten, der Hauptorientierung der deutschen Intelligenz in den vergangenen hundert Jahren, durch den Nationalsozialismus, andererseits auf die Herkunft der Führungsgruppen des Studentenprotests der sechziger Jahre aus dem linken Bereich, speziell der SPD (so der 1960 abgespaltene SDS und die junge innerparteiliche Opposition seit Mitte der sechziger Jahre).

Sozialstrukturell wäre die ausgeprägt egalitäre Orientierung der Intelligenz allgemein auf die Position ökonomischer Abhängigkeit, spezifischer auf die gleichzeitig stattfindenden Auf- wie Abstiegsprozesse zurückzuführen. Soweit die Intelligenz im postindustriellen Entwicklungstrend reale Aufstiegschancen hat, kämpft sie wie jede aufsteigende Gruppe mit der Forderung nach Egalisierung um ihre *angemessene Berücksichtigung* im Gratifikations- und Machtsystem; soweit sie

eine absteigende Gruppe ist, meint die egalitäre Forderung *Sicherung* auf einem niedrigeren Niveau.

Bei der sozialstrukturellen Fundierung der neuen Konfliktlinie wurde die soziale Großgruppe der Intelligenz nicht deshalb betont, weil sie in den Führungsgruppen der postindustriellen Bewegungen und der Partei DIE GRÜNEN stark vertreten ist (dies wäre auf Parteebene heute nicht auffällig und gilt auch für die etablierten Parteien), sondern weil die alternative Gesellschaftsinterpretation in dieser Gruppe einen besonderen Rückhalt findet. Die soziale Basis der neuen Konfliktlinie ist aber breiter. Sie reicht sozialstrukturell in den nicht akademisierten Dienstleistungsbereich hinein, ist dagegen schwach ausgeprägt in den Bereichen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion.

Eine Gruppe tritt bei den verschiedenen Untersuchungen besonders hervor: die Jugend²⁶⁾. Nun ist dies eine quer zur Schichtungsstruktur liegende Kategorie von sozialstrukturell eher begrenzter Bedeutung. Für die soziopolitische Analyse wird sie jedoch interessant

a) als eine für gesamtgesellschaftlichen Wandel vor allem dann besonders offene Gruppe, wenn sie — wie in der Bundesrepublik — unter der Bedingung erodierender traditioneller Gruppenbindungen aufwächst;

b) als eine „Gruppe auf Zeit“, bei der die Orientierung an Gleichaltrigen besonders hoch und die Ausstrahlung der Intelligenz (ca. 20% eines Altersjahrgangs besuchen die Hochschulen) besonders stark, d. h. die Chancen zur Ausbreitung politischer Innovationen beträchtlich sind;

c) als eine Gruppe, für die die Suche nach Identität ein besonders markantes, altersspezifisches Merkmal darstellt — auch unter anderen Lebens- und Arbeitsbedingungen als denen der Intelligenz und zumal, wenn diese individuelle Identitätssuche in gesellschaftlichen Umbruchzeiten sich an übergreifenden gesellschaftlichen Zusammenhängen orientieren kann.

„Jugend“ ist eine zu breite und heterogene Kategorie zur Erklärung der postindustriellen Konfliktlinie, aber einige jugendspezifische

²⁶⁾ Vgl. u. a. Jugend '81. Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, 3 Bde., Hamburg 1981; Heinz-Ulrich Kohr/Hans-Georg Räder, Jugend als Reproduktion von Gesellschaft. Problematisierung, Thesen und empirische Befunde, in: Heinz-Ulrich Kohr et al. (Hrsg.), Reproduktion von Gesellschaft. Jugend — Partizipation — Politische Bildung, Weinheim/Basel 1983, S. 14ff.; Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel, Opladen 1983.

²⁵⁾ Vgl. Detlef Murphy et al., Haben „links“ und „rechts“ noch Zukunft?, in: PVS, 22 (1981), S. 398ff.

Merkmale scheinen diese neue Konfliktlinie zu prägen.

Abgesehen davon, daß eine — zumal, wie in der Bundesrepublik, die einzige — Alternativpartei auch Objekt diffusen, d. h. sehr verschiedenartig motivierten, latenten Protests ist, mobilisieren solche Parteien auch disparitär Betroffene²⁷⁾. Gerade der allgemeine Charakter der heute kritischen Systemprobleme ermöglicht eine solche, in bezug auf die Schichtungsstruktur breit streuende Mobilisierung, die den Bauern, andere Selbständige oder Arbeiter zur Unterstützung der neuen Konfliktlinie führen können, ohne daß sie damit zu deren Kerngruppen gehörten.

Stark vereinfacht können die *Kerngruppen*, die durch die Stichworte „humanistische Intelligenz“ (Alvin W. Gouldner), Humandienstleistungsbereich und Marginalisierung umrissen sind, dem Prozeß der *Innovation* (und politischen Definition der Konfliktlinie), die sozialstrukturell heterogenere *Unterstützungsbasis* hingegen dem Prozeß der *Diffusion* zugeordnet werden. Der Unterschied zur Entfaltung des alten industriellen Klassenkonflikts liegt darin, daß damals aus dem Handwerkerum hervorgegangene Industriearbeiter im Zusammenwirken mit einer von außen kommenden, quantitativ kleinen Intelligenzgruppe bürgerlicher Herkunft ein cleavage konstituierten, für das über lange Zeit Industriearbeiter die „geborene“ Unterstützung darstellten, wohingegen heute eine stärkere sozialstrukturelle Differenz zwischen Kerngruppe(n) und (potentieller) Massenbasis besteht.

c) Stabilisierungschancen

Die Gruppenbasis ist für die Konfliktlinie vor allem unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung bzw. Dauerhaftigkeit von Interesse. Dabei wird von einigen Wissenschaftlern die These vertreten, es gebe hinsichtlich der Stabilität eine Abstufung von den traditionellen, segmentierten Gemeinschaften (ethnisch, regional, konfessionell) über die sozioökonomischen zweck- und interessenorientierten Großgruppen (z. B. Arbeiter) zu den am wenig-

sten stabilisierbaren, „reinen“ Wertgemeinschaften²⁸⁾. Wenngleich behauptet werden kann, die neue Konfliktlinie baue — vor allem in ihren Kerngruppen — auf einer relativ fest strukturierten Basis auf, so ist doch zuzugestehen, daß diese — verglichen mit der Arbeiterschaft — heterogener ist und aufgrund des geringen gesamtgesellschaftlichen Anteils der Intelligenz bei weiterer Ausdehnung noch heterogener würde. Die Frage nach zusätzlichen Stabilisierungstützen bleibt also wichtig.

Hier nun gewinnt der Milieubegriff an Bedeutung. Die Kategorie des „Milieus“ hat M. Rainer Lepsius im Sinne einer „sozialmoralischen Einheit“ in die sozialwissenschaftliche Diskussion eingeführt²⁹⁾. Sie scheint geeignet, die gesellschaftliche Substruktur vor allem beim aktiven Pol der Konfliktlinie zu erfassen. Je ausgeprägter das Milieu, desto stabiler das cleavage.

Im Hinblick auf die in diesem Beitrag zu untersuchende Frage nach Strukturproblemen des Parteiensystems und ihren gesellschaftlichen Grundlagen ist die Frage interessant, welche Faktoren — über ein Interessen- und Wertbewußtsein hinaus — zu einem „ausgeprägten Milieu“ führen. Die allgemeinste Antwort darauf hieße: eine Vielzahl möglichst stabiler kommunikativer Netzwerke. Was aber verbürgt deren Dauerhaftigkeit?

a) *Strukturelle Interaktion*. Damit ist die durch bestehende Strukturen ermöglichte und nahegelegte häufige Interaktion gemeint, in der Wert- und Interessenorientierungen bekräftigt werden. Betriebe und die Konzentration in bestimmten Wohngebieten sind Beispiele dafür. Richtungs- bzw. gruppenspezifische Massenmedien leisten wichtige Beiträge zu diesem Integrationsmechanismus.

b) *Gesellschaftliche Organisation*. Vereine und Verbände dienen der organisatorischen Stabilisierung kontinuierlicher Kommunikation und Integration.

c) *Partei(en)*. Sie sind nicht nur Ausdruck des Milieus, sondern ihre Interpretations- und Orientierungsarbeit — soweit sie sich auf ein Wähler und Mitglieder sicherndes Milieu be-

²⁷⁾ Mit dem Disparitäten-Konzept wurde eine horizontale Kategorie in die Analyse der Sozialstruktur eingeführt. Sie umfaßt besondere Benachteiligungen bzw. Betroffenheiten, die — prinzipiell — jeden treffen können (wie Umweltzerstörungen, Verkehrslärm etc.). Vgl. Joachim Bergmann et al., Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung, in: Theodor W. Adorno (Hrsg.), Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?, Stuttgart 1969, S. 67 ff., und Claus Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme, in: Gisela Kress/Dieter Senghaas (Hrsg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt 1969, S. 155 ff.

²⁸⁾ Vgl. Scott C. Flanagan/Russell J. Dalton, Parties Under Stress: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Societies, in: West European Politics, 7 (1984), S. 5 ff.; Franz Urban Pappi, Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik, in: Joachim Matthes (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa, Frankfurt-New York 1979, S. 465 ff. und ders. (Anm. 15).

²⁹⁾ M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel et al. (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsge-
schichte, Stuttgart 1966, S. 371 ff.

ziehen — trägt zur Stabilisierung des Milieus bei.

Eine spezifischere These besagt nun, ein Milieu sei nur bei hohem Organisationsgrad und hierarchischer Organisationsform längerfristig zu stabilisieren³⁰⁾. Betrachtet man historische Beispiele aus Deutschland, scheint diese These zutreffend. Auf der einen Seite stand das langfristig stabile Arbeitermilieu mit hoher Dichte struktureller Interaktion (Industriebetriebe, Arbeiterviertel, Parteipresse), der vergleichsweise hohe Organisationsgrad in politisierten, milieugebundenen Vereinen und vor allem den Gewerkschaften, schließlich die als Integrationspartei zu charakterisierende Arbeiterpartei³¹⁾. Auf der anderen Seite fand sich das schwach ausgeprägte liberal-bürgerliche Milieu: im beruflichen Bereich konkurrenzorientierter Individualismus, viele Vereine und Verbände zwar durchaus bürgerlich, aber weniger in einem milieuspezifischen Sinne liberal, schließlich die locker organisierten Honoratiorenparteien. Der rasche Zerfall der liberalen Parteien in der Endphase der Weimarer Republik ist auch auf dem Hintergrund dieser Milieuschwäche zu erklären³²⁾.

Es scheint naheliegend, Individualisierung und Organisationschwäche des heutigen „Bildungsbürgertums“ (in Gestalt der „Massenintelligenz“) zum liberalen Milieu in Analogie zu setzen: Das Konfessionscleavage überdauerte durch die katholische Kirche, das Klassen-cleavage durch die Gewerkschaften, der Liberalismus lebt ohne organisierte Milieustütze von der Hand in den Mund. Was aber stabilisiert das postindustrielle cleavage?

Ohne Zweifel bestehen Milieuansätze: Es gibt räumliche Konzentration (vor allem spezifische Wohnviertel in Großstädten, Wohngemeinschaften); „betriebliche“ Interaktion (z. B. alternative Ökonomie, Schulen, Hochschulen); Freizeit („Szenen“, Popmusik etc.); Medien (Alternativpresse, TAZ); Selbsthilfegruppen,

Bürgerinitiativen, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) als Vereinigungen und Interessengruppen und es gibt die grün-alternative(n) Partei(en)³³⁾. All dies ist wichtig, doch läßt es sich nicht an Organisationsdichte und Hierarchisierung mit Kirche und Gewerkschaften vergleichen!

Gegen die Annahme von der prinzipiellen Labilität dieses Milieus ließe sich vorbringen, daß es zu den traditionellen Milieus alternative Stabilisierungsmöglichkeiten geben kann. Erstens könnte unter großstädtischen und postindustriellen Bedingungen (Freizeit, Massenmedien) eine hohe Dichte kommunikativer Wechselbeziehungen den Integrationsbeitrag formaler Organisation kompensieren. Zweitens besteht bei einem höheren Grad „kognitiver Mobilisierung“ (Russell J. Dalton) und formaler Qualifikation die Wahrscheinlichkeit politischer Aktivierung auch bei einem zwischenzeitlichen Rückzug. Drittens leistet das zu erwartende Fortdauern der kritischen Systemprobleme einen externen Beitrag zur Stabilisierung eines wertmäßig integrierten, wenn auch formal locker strukturierten Milieus³⁴⁾. Über die Tragfähigkeit solcher Alternativen läßt sich indessen nur spekulieren.

d) Zusammenfassung

Die skizzierte neuartige postindustrielle Konfliktlinie basiert in ihrem aktiven Pol auf Kerngruppen, die über eine stärker, und auf Unterstützungsgruppen, die über eine schwächer konturierte sozialstrukturelle Grundlage verfügen. Die Stabilisierungschance beider Gruppen ist ungeklärt. Nach traditionellen Kriterien ist sie als gering einzuschätzen, bei Einbeziehung von Gesichtspunkten funktionaler Äquivalenz aber nicht von vornherein aussichtslos. Hinsichtlich des Ausdehnungspotentials dieser Gruppen läßt sich auf die Grenzen der Kerngruppen verweisen³⁵⁾ und auf das nicht strukturell begrenzte Potential, das sich aus einer weiteren negativen Entwicklung der Systemprobleme bzw. nicht zureichender Lösungsstrategien der etablierten Parteien ergeben würde.

³⁰⁾ Vgl. Scott C. Flanagan/Russell J. Dalton (Anm. 28), S. 18.

³¹⁾ Vgl. z. B. W. L. Guttsman, *The German Social Democratic Party, 1875—1933. From Ghetto to Government*, London 1981.

³²⁾ Naßmacher kennzeichnet in seiner hochinteressanten Regionalstudie das liberale Milieu als „personalintegriert“. Vgl. Karl-Heinz Naßmacher, *Zerfall einer liberalen Subkultur. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg*, in: Herbert Kühr (Hrsg.), *Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich*, Königstein 1979, S. 29 ff. Obwohl er die Konstanz auch des liberalen Milieus bis in die sechziger Jahre betont, widersprechen seine Ausführungen nicht der These von einer strukturellen Milieuschwäche des Liberalismus.

³³⁾ Vgl. u. a. Joseph Huber, *Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung*, Berlin 1980; Dieter Rucht, *Zur Organisation der neuen sozialen Bewegungen*, in: Jürgen W. Falter (Anm. 14), S. 609 ff. und die Literatur in Anm. 21.

³⁴⁾ Karl-Heinz Naßmacher (Anm. 32), S. 106, unterscheidet organisationszentrierte Milieus (sozialistisch und katholisch) und personalintegrierte Milieus (liberal und konservativ). Diese Typologie fort-schreibend könnte man heute von einem symbolisch integrierten Milieu sprechen. Die Identifizierung erfolgt dabei über Themen, Sprache, Habitus, unkonventionelle Aktionsformen etc.

³⁵⁾ Dazu vgl. Joachim Raschke (Anm. 4), 418 ff.

Für die Bedeutung eines cleavage in einem System gibt es keine Indikatoren. Sie läßt sich aber nicht allein an den Prozentzahlen der oppositionellen Partei ablesen, da Anhänger alternativer Politikansicht sich zum Teil außerhalb aller Parteien und zum Teil auch innerhalb etablierter Parteien finden. Die gesamtgesellschaftliche Wirksamkeit eines cleavage entscheidet sich vor allem durch dessen Polarisierungsstärke und die Bedeutung, die es dadurch für den politischen Prozeß gewinnt, d. h. die Fähigkeit des aktiven oder des reaktiven Pols, dem politischen Vermittlungssystem mindestens gelegentlich relevante Streitfragen aufzuzwingen.

2. Traditionelle Konfliktlinien

Für das bundesrepublikanische Parteiensystem bildet die soziale Schichtungs- und Konfessionsstruktur nach wie vor in erheblichem Umfang die gesellschaftliche Basis. Säkularisierung und „Tertiärisierung“ (d. h. Expansion des tertiären Sektors im Bildungs- und Beschäftigungssystem) haben zwar Auswirkungen auf diese Konfliktlinien, sie heben sie aber nicht auf.

Vor allem das Klassencleavage, das seine ursprünglichen Konfliktgegner in den Arbeitern und Unternehmern hatte, stellt nach wie vor die zentrale Grundlage des politischen Prozesses dar. Konfrontiert man die Kerngruppen der wahlsoziologischen Analyse, so tendieren Arbeiter zur SPD, Selbständige zur CDU. Das Bild wird komplizierter, wenn man die neue Mittelschicht mit einbezieht³⁶⁾. Sie ist stärker als die beiden Kerngruppen politisch zwischen CDU und SPD gespalten und verändert im ganzen ihre Präferenzen (was aufgrund der inzwischen erreichten Gesamtstärke politisch besonders einflußreich ist). Schon ihr politisches Verhalten als Großgruppe macht unwahrscheinlich, daß sie ein Eigeninteresse als Mittelschicht hat, z. B. als eine soziale Gruppe, die „weder Kapital besitzt noch produziert“³⁷⁾. Mehr Erklärungskraft für ihre (partei-)politische Ambivalenz haben drei Differenzierungen:

a) *Nach objektiven Schichtungsmerkmalen.* So hat die Mannheimer Forschungsgruppe

³⁶⁾ Wichtig ist die Trennung von Selbständigen (alter Mittelstand) und neuer Mittelschicht, weil sonst falsche Aussagen über den Bedeutungsverlust des Klassencleavage zustande kommen. So zu Recht Franz Urban Pappi (Anm. 15), S. 189f., gegen Kendall L. Baker et al., *Germany Transformed. Political Culture and the New Politics*, Cambridge-London 1981. Die von diesen herausgearbeitete Bedeutung der „neuen Politik“ wird nicht beeinträchtigt durch die Erkenntnis, daß die traditionellen cleavages fortwirken.

³⁷⁾ Kendall L. Baker et al. (Anm. 36), S. 172.

Wahlen über Jahre festgestellt, daß untere und mittlere Angestellte/Beamte stärker zur SPD, mittlere und höhere Angestellte/Beamte stärker zu CDU/CSU tendieren³⁸⁾.

b) *Nach Vorfeldorganisationen.* Wie bei den Arbeitern erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer SPD-Präferenz in der neuen Mittelschicht, wenn Mitgliedschaft in Gewerkschaften gegeben ist³⁹⁾.

c) *Nach Wertorientierungen.* An postmaterialistischen Werten orientierte Angestellte/Beamte wählen überwiegend „links“ (DIE GRÜNEN und SPD)⁴⁰⁾.

In bezug auf das traditionelle Klassencleavage spaltet sich die Mittelschicht entlang Merkmalen sozialstruktureller Ungleichheit und Interessenverbandszugehörigkeit. Hinsichtlich des postindustriellen cleavage rekrutieren sich aus diesem Bereich (bzw. den oben erwähnten Eingrenzungen) die aktiven Trägergruppen.

An dieser Stelle ist lediglich festzuhalten, daß die neue Mittelschicht das traditionelle Klassencleavage weder außer Kraft setzt noch dessen Bedeutung mindert. Allerdings mildert sie die Konfrontation der polaren Kerngruppen auf der politischen Ebene, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen ist die traditionell orientierte abhängige Mittelschicht sozial-integrativen Gesellschaftsvorstellungen gegenüber aufgeschlossen, die von den Parteien wegen des raschen Wachstums dieser Gruppe stärker berücksichtigt werden mußten. Zum anderen führt die postindustrielle Konfliktlinie zu einer zweiten Polarisierungsebene, auf der Selbständige und materialistisch orientierte Mittelschicht gegen den postmaterialistischen Pol einander näher gerückt werden.

Die konfessionelle Konfliktlinie ist vor allem bei „Moral-Issues“ wie Schwangerschaftsabbruch und Scheidungsrecht wirksam. Dabei bildet sich das Spannungsverhältnis mehr zwischen kirchlich gebundenen Katholiken (Kirchgangshäufigkeit) auf der einen und sich säkularisierenden und liberalisierenden Tendenzen auf der anderen Seite (Protestanten, vor allem ohne kirchliche Bindung, Konfessionslose).

Franz Urban Pappi und Michael Terwey⁴¹⁾ haben gezeigt, daß „die massive Säkularisierung

³⁸⁾ Vgl. Manfred Berger et al., *Konstanz und Wechsel von Wählerverhalten bei der Bundestagswahl* 1983, in: Jürgen W. Falter (Anm. 14), S. 312ff.

³⁹⁾ Ebd.

⁴⁰⁾ Vgl. allgemein Ronald Inglehart (Anm. 18 und die Anm. 17 und 22).

⁴¹⁾ Franz Urban Pappi/Michael Terwey, *The German Electorate: Old Cleavages and New Political*

der vergangenen 15 Jahre" vor allem ein Mittelschicht-Phänomen war und den Sozialliberalen zugute gekommen ist, für deren Unterstützung aus dem Mittelschichtbereich ihr liberales Programm in Moralfragen offensichtlich relevant war. Die Säkularisierung hat die Konfliktlinie nicht bedeutungslos gemacht, sondern vor allem den antiklerikalen Pol gestärkt. Daß konfessionsbezogene politische Streitfragen dennoch im politischen Prozeß nicht im Mittelpunkt stehen, hängt einerseits mit Prioritätensetzungen der Wähler zusammen, für die überwiegend Sozialfragen vor Moralfragen rangieren, andererseits mit der Integrationsstruktur der Volkspartei, die gerade im Falle der CDU das Zusammenfügen katholischer und protestantischer bzw. liberaler Strömungen erforderlich macht⁴²).

Festzustellen sind also das Fortbestehen und die Erweiterung grundlegender Konfliktlinien mit gesellschaftlicher Verankerung, d. h. von einer Entstrukturierung des Zusammenhangs Gesellschaft — Parteiensystem kann nicht gesprochen werden. Ein Wandel ist eher *innerhalb* dieser Konfliktstruktur zu erwarten. Dabei haben Entkopplungsprozesse zwischen Bürgern und Parteiensystem, die an den verschiedenen Erscheinungsformen der Parteienverdrossenheit abzulesen sind⁴³), zwei Seiten: Sie können als *Entfremdung* oder als *wachsende Autonomie* der Bürger diskutiert werden.

Die *Entfremdungsperspektive* betont die Erosion sozialer Milieus, wodurch emotionale Basis und Sinnhaftigkeit der Parteiunterstützung geschwächt werden. Die Entwicklung der Volksparteien ist — neben Faschismus und Industrialisierung — einer der drei gro-

ßen Faktoren, die zur Abtragung der Milieus beigetragen haben. Volksparteien sind auch ein eigenständiger Entfremdungsfaktor, weil ihre konturloser werdende Programmatik und Politik gerade für ihre eigenen Kerngruppen die Identifizierungschance mindert (ohne daß diese im Parteiensystem eine Alternative hätten). Die Beziehungen zwischen Kerngruppen und Parteien werden instrumenteller, „kälter“. Die materialistisch orientierte neue Mittelschicht, die kein Milieu ausbildete, hatte von vornherein eine instrumentellere Beziehung zu den etablierten Parteien.

Die *Autonomieperspektive* betont demgegenüber die gewachsene Selbständigkeit des Bürgers gegenüber den Parteien. Diese läßt sich an vielen Indikatoren verdeutlichen⁴⁴): zunehmende Ausschöpfung eines unterschiedlichen Gebrauchs von Erst- und Zweitstimme; gezielter Einsatz von Wahlenthaltung als Mittel der Kritik an einer Partei; abweichende Meinungen auch bei gegebener Parteipräferenz; abnehmende Parteibindung; kurzfristige Orientierung an rasch wechselnden Themen etc.

Die Erosion der Milieus ist eine Voraussetzung für die Verstärkung der Autonomie des einzelnen. Positiv gestützt wird sie unter anderem durch Bildungsexpansion, Massenmediatisierung und Individualisierung⁴⁵). Dabei könnte die These, daß es sich hierbei zugleich um Tendenzen der Entfremdung und Autonomisierung handelt — die sich *innerhalb* der gesellschaftlich verankerten Konfliktlinien entwickeln —, die Doppelgesichtigkeit von Stabilität und Unruhe, Identifikation und Distanz, von Zustimmung und Ablehnung erklären, deren Zusammenwirken so oft verwirrt.

III. Parteiensystem

Die neuen Herausforderungen und Konfliktlinien verschärfen und erneuern zum Teil Probleme des Parteiensystems, die es schon zuvor hatte. Die Übersetzung von Konfliktlinien

in das Parteiensystem verstärkt Immobilismus und Undeutlichkeit (III., 1.). Das alte Problem der strukturellen Asymmetrie zwischen Linken und Rechten taucht unter neuen Bedingungen wieder auf und führt zu einer Demokratie ohne Machtwechsel (III., 2.). Das Ideal des Zweiparteiensystems verblaßt ange-

Conflicts, in: Herbert Döring/Gordon Smith (Eds.), Party Government and Political Culture in Western Germany, London-Basingstoke 1982, S. 174 ff.

⁴²) Lijphart bestätigt in einer vergleichenden Analyse die nachgeordnete Bedeutung des Konfessionscleavage für die politischen Eliten bzw. die Regierungsebene. Vgl. Arend Lijphart, The Relative Salience of the Socio-Economic and Religious Issue Dimensions: Coalition Formations in Ten Western Democracies, 1919—1979, in: European Journal of Political Research, 10 (1982), S. 201 ff.

⁴³) Vgl. Manfred Küchler, Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit?, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen 1982, S. 39 ff.

⁴⁴) Scott C. Flanagan/Russell J. Dalton (Anm. 28), S. 16, beschreiben die Ausbreitung des politisch aktiven Nicht-Parteigängers. Vgl. auch Peter Radunski, Die Wähler in der Stimmungsdemokratie. Beobachtungen zum neuen Wahlverhalten, in: Sonde, 18 (1985) 2, S. 3 ff.

⁴⁵) Zum gesellschaftstheoretischen Zusammenhang vgl. Ulrich Beck, Jenseits von Klasse und Stand?, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2), Göttingen 1983, S. 35 ff.

sichts der Gründe, die heute für ein begrenzt differenziertes Mehrparteiensystem sprechen (III., 3.).

1. Immobilismus und Undeutlichkeit

Die Art, wie Konfliktlinien in das Parteiensystem übersetzt werden, beeinflußt sowohl die Lösungsmöglichkeiten der zugrundeliegenden Probleme wie die Struktur des Parteiensystems. Dabei führt eine Kumulation der Konfliktlinien, das heißt ihre Überlagerung und wechselseitige Verstärkung, zur Zuspitzung des gesamtgesellschaftlichen Konfliktpotentials. Radikalisierung der Problemlösung und Polarisierung des Parteiensystems wären die Folgen. Dies trifft indessen für die Bundesrepublik⁴⁶⁾ ebensowenig zu wie eine „Versäulung“⁴⁷⁾.

Das Konfliktmuster in der Bundesrepublik ist vielmehr durch querlaufende, sich überschneidende Konfliktlinien (cross-pressures) gekennzeichnet. Sie führen zu Immobilismus und Undeutlichkeit (obwohl sie nicht deren einzige Ursachen sind).

Zwar hat die CDU die Funktion der Zentrumsparterie übernommen, den klerikalen Pol des Konfessionscleavage zu organisieren; durch ihre Öffnung zu protestantischen und liberalen Gruppen entsteht aber schon innerhalb der Partei ein Gegengewicht. Der Konfessionskonflikt führt der CDU katholische Arbeiter zu, die im Klassencleavage bei der CDU als Partei der Unternehmer, Manager und Landwirte auf der falschen Seite stehen und ein Hemmnis darstellen für eine nur an diesen Gruppeninteressen orientierte Politik.

Die SPD mußte lernen, daß die Bundesrepublik nicht nur eine Verkleinerung des alten Reiches darstellte: Auf dem Gebiet der Bundesrepublik war der Anteil der Katholiken und katholischen Arbeiter erheblich größer als im Reich mit seinen Industrieregionen östlich der Elbe. Ohne symbolische Konzessionen an die katholische Kirche (Konkordat, Papstbesuche) waren die Vorbehalte katholischer Wähler nicht abzubauen, deren sozial-integrative Tendenzen ebenso wie die der neuen Mittelschicht insgesamt zur Mäßigung einer sich machtpolitisch orientierenden SPD in den sechziger Jahren beitrugen.

⁴⁶⁾ Es ist auch untypisch für die westlichen Demokratien. Vgl. Robert A. Dahl, Explanations, in: ders. (Ed.), *Political Oppositions in Western Democracies*, New Haven-London 1966, S. 348 ff. Annäherungsbeispiele waren bzw. sind Belgien und Nordirland.

⁴⁷⁾ Vgl. Arend Lijphart, *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*, New Haven-London 1977.

Der Einbau der postindustriellen Konfliktlinie in das Parteiensystem hat die Strukturprobleme des Immobilismus und der Undeutlichkeit, die zu Programm- und Identifizierungsdefiziten führen, verschärft. Dabei durchschneidet das postindustrielle cleavage wegen der immanenten Linksorientierung des postmaterialistischen Wertwandels vor allem die SPD. Das in seiner Bedeutung verblässende traditionelle Konfessionscleavage⁴⁸⁾, das die Partei in den fünfziger und sechziger Jahren beschäftigte, wird durch ein neu-kulturelles Konfliktmuster „ersetzt“, das für die Partei Sprengkraft hat: Anders als die ideologisch gleichgerichtete Integration von Katholiken und neuer Mittelschicht in den sechziger Jahren weisen materialistische und postmaterialistische Wertorientierungen zunächst in entgegengesetzte Richtungen. Die prinzipielle Schwierigkeit der SPD und unter Helmut Schmidt auch ihr Mangel an Bereitschaft, die materialistischen mit den postmaterialistischen Strömungen zu vermitteln, ist eine wesentliche Erklärung dafür, daß DIE GRÜNEN als eigene Partei den Zugang zum Parteiensystem trotz dessen hoher institutioneller Schwelle (5 %-Klausel) geschafft haben. Die Undeutlichkeit der SPD im Spannungsverhältnis von Klassen- und postindustriellem cleavage fördert die Partei DIE GRÜNEN als konsequenten Pol der postindustriellen Konfliktlinie. Die Undeutlichkeit der CDU im Klassencleavage fördert die FDP als rechten Pol auf dieser Konfliktebene. Nur die Parteien, die in einer Konfliktlinie relativ homogen sind, können auf dieser Ebene auch eine dynamischere Rolle spielen. Dabei sind die homogeneren Flügelparteien FDP (für das Klassencleavage) und DIE GRÜNEN (für das postindustrielle cleavage) im Vorteil.

Die Handlungsspielräume der Parteien unterliegen dabei — das zeigen diese Ausführungen — auch sozialstrukturellen Beschränkungen, wie sie sich aus der Vermittlung der soziopolitischen Konfliktlinien in das Parteiensystem herleiten lassen. Zwar rangiert die CDU am „kapitalistischen“ Pol des Klassencleavage, in der Sozialfrage ist sie hingegen gespalten und wird von der FDP deutlich rechts überholt. Beim Konfessionscleavage bildet sie konkurrenzlos den rechten Pol, ist aber intern in Moralfragen gespalten und steht gegen eine starke gesamtgesellschaftliche Säkularisierungs- und Liberalisierungstendenz. Bei diesen beiden Konfliktlinien ist die CDU kein profilierter und dynamischer Faktor. Dies könnte sie am ehesten beim postindustriellen cleavage sein, konkurriert

⁴⁸⁾ Man vergleiche die Schwierigkeiten der regierenden CDU/CSU mit dem Abtreibungsthema.

dabei aber mit der FDP und muß sich als Volkspartei Zurückhaltung auferlegen, wo Einbrüche ihrer Wählerschaft aufgrund disparitärer Betroffenheit und/oder eines gewissen Wertkonservatismus möglich sind (z. B. Waldsterben).

Die SPD bewegt sich am antiklerikalen Pol des Konfessionscleavage, hat aber ihr Potential wohl ausgereizt (Reform des Abtreibungs- und Scheidungsrechts) und müßte hier weitere Initiativen an DIE GRÜNEN abtreten (weitere Reform des Sexualstrafrechts zum Beispiel). Im Klassenleavage bildet sie mit Unterstützung der Gewerkschaften einen sozialstaatlichen Pol. Hinsichtlich der postindustriellen Konfliktlinie zeigt die SPD heute ihre tiefgehendste Spaltung, ohne bisher wirksame Integrationsstrategien entwickeln zu können. Profil und Dynamik im homogen besetzten Klassenleavage stehen also einer Lähmung bei der Vermittlung materialistischer und postmaterialistischer Wertorientierungen gegenüber.

Insgesamt vermittelt jede der beiden Hauptparteien (zugleich nach Programm und Praxis Volksparteien) das Bild eines „Koloß auf tönernen Füßen“ (Wolf-Dieter Narr). Ihre quantitative Stärke steht im Widerspruch zu ihrer Stärke hinsichtlich Initiative und Innovation. Diese sind eingeschränkt durch ihre sozialstrukturellen, in cleavages verankerten Grundlagen. In dieser Konstellation sind eher Scheingefechte zu erwarten (z. B. Stilisierung der SPD als wachstums- und technikfeindliche Partei mit großer Nähe zu den GRÜNEN) oder das Ausweichen auf Fragen, die zu allen drei Konfliktlinien quer liegen (vor allem im Bereich internationaler Politik).

Initiative und Profil hinsichtlich der drei grundlegenden Konfliktlinien finden sich eher bei der FDP und den GRÜNEN. Die FDP bildet den rechten Pol im Klassenleavage und konkurriert mit der CDU um die Führung bei der Zurückweisung postindustrieller Themen, wobei sie wegen des bei ihr heute vorherrschenden Ökonomismus vor Einbruchgefahren vielleicht eher „geschützt“ ist als die CDU. DIE GRÜNEN haben eine Vorreiterrolle bei der Entfaltung der postindustriellen Konfliktlinie, wobei die „Deutlichkeit“ dieser Position (ökologische Themen etc.) zu unterscheiden ist von ihrer „Undeutlichkeit“ bei der längerfristigen Zielklärung. In ihrer Bedeutung für die Polarisierung des Klassenleavage liegen DIE GRÜNEN hinter der SPD, auch wenn sie in ihrer egalitären Orientierung die SPD-Anhänger überflügeln mögen⁴⁹⁾ und von Teilen der Neu-Marginalisier-

ten als Vertreter angesehen werden⁵⁰⁾. Liberale Grundauffassungen können ihnen beim Konfessionscleavage die Initiative verschaffen.

Die Besetzung einer stärker polarisierenden Außenposition macht die beiden Flügelparteien für Teile der Wählerschaft attraktiver als die im Prinzip immobilen „Allesverwerter“, die Volksparteien.

2. Demokratie ohne Machtwechsel?

Parteiensysteme sollen nicht nur Bedürfnisse und Interessenlagen ausdrücken, sondern auch regierungsfähige Mehrheiten hervorbringen und — von Zeit zu Zeit — einen Machtwechsel ermöglichen. Die Mehrheit von ca. 55 % der Zweitstimmen, die CDU/CSU und FDP 1983 auf einem krisenhaften Hintergrund gewonnen haben, zeigt die Fähigkeit des Parteiensystems, ein koalitionsberechtigtes Mehrheitsbündnis hervorzubringen. Das Interesse an der Erhaltung eines bürgerlichen Übergewichts wird durch eine auch taktisch motivierte Aufteilung der Stimmen zwischen den beiden Parteien ermöglicht. Die Chance der CDU/CSU, allein die Mehrheit zu erringen, erscheint dagegen kaum gegeben⁵¹⁾.

Wie aber steht es mit der realen Chance des Machtwechsels für die Opposition, die für Kontrolle, Innovation und faktische Legitimierung als unerlässlich erscheint? Der SPD fehlen die (sozial-)strukturellen Voraussetzungen für eine reale Mehrheitschance — dies ist eine Konstante ihrer Politik in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik seit 1945. Selbst in der ungewöhnlich günstigen Konstellation von 1972 (Ostpolitik, Senkung des Wahlalters etc.) war sie mit ihrem Spitzenergebnis von 45,8 % weit von der absoluten Mehrheit der Mandate entfernt. Die beiden wichtigsten aktuellen Gründe sind:

1. Der im Zuge postindustrieller Entwicklung abnehmende Anteil von Industriearbeitern, den strukturellen Stammwählern⁵²⁾ der Partei. In un- und angelernte Arbeiterpositionen nachrückende Gastarbeiter sind ohne Stimmrecht.

2. Die durch die Partei hindurchgehende Spaltung zwischen materialistischen und postmaterialistischen Orientierungen, für die es objektive Grenzen der Integration gibt (so wie — historische Analogie — die liberale Partei

⁵⁰⁾ Vgl. Ursula Feist et al., Die politischen Einstellungen von Arbeitslosen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/84, S. 3 ff.

⁵¹⁾ Vgl. Manfred Berger (Anm. 38), S. 316 ff.

⁵²⁾ Zu einem sozialstrukturellen Stammwählerbegriff vgl. ebd., S. 313 f.

⁴⁹⁾ Für Berlin 1981 nachgewiesen bei Helmut Thome (Anm. 17).

anfangs Arbeiter rekrutierte, aber zunehmend auf objektive Integrationsgrenzen stieß). Es erscheint als unmöglich, durch *eine* Politik zugleich Mitte-Wähler im Grenzbereich zur CDU und linke Postmaterialisten im Grenzbereich zu den GRÜNEN zu gewinnen. Beides wäre notwendig, um auch nur eine reale Mehrheitschance zu erhalten.

Aus eigener Kraft kann die SPD somit bei den gegebenen Konfliktlinien nicht Mehrheitspartei werden. Da bisher in der Bundesrepublik alle Machtwechsel durch neue Parteibündnisse zustande kamen (1969, 1982), stellt sich die Frage: Ist die SPD durch Bündnis mehrheitsfähig? Angesichts dessen, daß die FDP heute wie zu Anfang der Bundesrepublik im Bundestag dort sitzt, wo sie politisch steht (auf dem rechten Flügel), ist auf längere Zeit ein Zusammengehen mit der SPD ausgeschlossen. Dieser bleiben folglich zwei Bündniswege. Zum einen wäre dies die Große Koalition, die auf der Grundlage des fortgeschrittenen Wertwandels noch mehr Protest und Abwanderung bei der SPD hervorrufen würde als nach 1966. Damit würde die SPD ihren politischen Einfluß zweifellos verringern, so daß nur noch das Zusammengehen mit der Partei DIE GRÜNEN verbliebe. Das Dilemma der SPD besteht indessen darin, daß sie durch ein Bündnis mit den GRÜNEN auf ihrer rechten Seite verliert, ebenso wie sie durch ein Zusammengehen mit der CDU/CSU auf ihrem linken bzw. postmaterialistischen Flügel verlieren würde. Nur bei gedanklicher und in Politik sich ausdrückender Synthese zwischen beiden Positionen, einer längerfristigen Mobilisierungsarbeit und einer gewissen Arbeitsteilung könnte die SPD sich im Bündnis mit den GRÜNEN eine reale Mehrheitschance verschaffen.

Das Dilemma der GRÜNEN besteht darin, daß ein (kleinerer) Teil ihrer Wähler und ein (größerer) Teil ihrer Funktionäre gegen ein Bündnis mit der SPD eingestellt ist, ohne ein solches Bündnis aber keine wirkliche Interventionschance besteht. Ohne Interventionschance aber wird der politische Sinn, die Partei DIE GRÜNEN zu wählen, hinfällig. Damit ist den GRÜNEN die gleiche Aufgabe der Vermittlung materieller mit postmaterialistischen Positionen gestellt wie der SPD. Die Frage der GRÜNEN, ob man mit der SPD denn überhaupt zusammengehen könne, ist dabei vordergründig gegenüber dem dahinterliegenden Problem, das knapp umrissen lautet: Welcher gesellschaftliche Wandel ist in welchen Zeiträumen unter den in der Bundesrepublik gegebenen Kräfteverhältnissen überhaupt möglich?

Ein Ausklammern dieser Grundfrage, das einige Jahre lang den Wahlerfolg nicht verhindert hat, ist heute, da DIE GRÜNEN zum Bestandteil des Wettbewerbssystems geworden sind, nicht mehr möglich. Die Aufrechterhaltung der Nicht-Entscheidung⁵³⁾ führt, ebenso wie es eine fundamentaloppositionelle Strategie tun würde, angesichts der Mehrheitsunfähigkeit der SPD zu einer Zementierung der strukturellen Asymmetrie im Parteiensystem, das heißt zu einer Demokratie ohne Machtwechsel.

3. Zwei- oder Mehrparteiensystem

Das Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in rund zehn Jahren von einem Vielparteiensystem (Erster Bundestag: zehn Parteien) zu einem Drei- oder Zweieinhalb-Parteiensystem (1961: drei Parteien) entwickelt. Während dem verbreiteten Ideal der Volkspartei ein Zweiparteiensystem entspräche, geht die tatsächliche Entwicklung heute eher in Richtung einer stärkeren Ausdifferenzierung des Parteiensystems. Koalition ist somit Normalfall der Regierungsbildung in der Bundesrepublik.

Das Mehrparteiensystem drückt die heutige gesellschaftliche Differenzierung von Wertorientierungen und Interessenlagen angemessener aus als ein Zweiparteiensystem. Die organisatorische Selbständigkeit hinreichend unterschiedener Interessenlagen fördert die Deutlichkeit des Parteiensystems und kann seine Wandlungsfähigkeit erhöhen, weil Alternativen klarer herausgearbeitet werden als bei übermäßiger innerparteilicher Integration. Dieser Gewinn an Deutlichkeit wird dann wieder aufgegeben, wenn die Parteien im Mehrparteiensystem sich nicht zu zwei (in sich differenzierten) Blöcken gruppieren. Nur bei Blockbildung der Parteien bleibt der Differenzierungsgewinn für den Wähler an seine richtungspolitische Grundentscheidung angebunden. Er wird dagegen politisch entmündigt, wenn die Parteien eigenmächtig und ungebunden nach der Wahl über Koalitionen entscheiden.

Insgesamt zeigen die westeuropäischen Systeme eine Tendenz zu bipolaren Mehrparteiensystemen⁵⁴⁾. Abstrakte Argumente über

⁵³⁾ Sie stellt sich vielfach in den Formen einer Neuauflage zentristischer Integrationspolitik à la Kautsky in der SPD vor 1914 dar.

⁵⁴⁾ Vgl. Karlheinz Reif, Konsolidierungszeitpunkt, Polarisierung, Bipolarität. Einige Anmerkungen zu Rokkan, Sartori und dem Wandel europäischer Parteiensysteme, in: Jürgen W. Falter (Anm. 14), S. 142ff.

Vor- und Nachteile von Zwei- oder Mehrparteiensystemen taugen nicht viel. Hier wird auch nicht der prinzipielle Vorteil des bipolaren Mehrparteiensystems behauptet, sondern

dessen Angemessenheit zur politischen Strukturierung differenzierter und hinreichend unterschiedener Sozialschichten und Wertorientierungen.

IV. Volksparteien — oder was sonst?

Das aktuelle Parteiensystem der Bundesrepublik ist dadurch gekennzeichnet, daß Volksparteien keine alle Alternativen erdrückende Selbstverständlichkeit mehr darstellen. Zwei der vier im Bundestag vertretenen Parteien wollen keine Volksparteien sein und sind es auch nicht — wenngleich aus unterschiedlichen Gründen. Die FDP, die Anfang der sechziger Jahre ausdrücklich „Volkspartei“ werden wollte (Ziel: 20% der Wählerstimmen) und mit der Zielprojektion eines Sozial-Liberalismus (Freiburg 1971) einen programmatischen Anlauf zur sozialen Verbreiterung unternahm, ist heute weitgehend „sozioökonomische Interessenpartei“⁵⁵⁾, die die forcierte Bedienung einer privilegierten Wirtschaftsklientel einem sozialen Interessenausgleich vorzieht. Für DIE GRÜNEN, die vor allem aus der Unfähigkeit der Volksparteien entstanden sind, solche Allgemein- wie auch Spezialinteressen zu vertreten, die durch die kapitalistische Wachstumsgesellschaft systematisch vernachlässigt werden, bedeuten „Wähler an sich“ keinen Gewinn, zumal wenn sie durch programmatische Verwässerung erkaufte werden müssen.

Die Entwicklung zu einem (begrenzt) differenzierten Mehrparteiensystem enthält in sich zugleich die Kritik an der Alleinherrschaft der Volksparteien. Diese Kritik ist — knapp zusammengefaßt — auf vier Punkte zu bringen:

a) *Repräsentationsdefizite*. Die Grundorientierung der Volkspartei besteht in der Verteilungspolitik für eine breite, aber sozialstrukturell konturierte Klientel auf der Grundlage quantitativen Wachstums. Dies bringt sie nicht nur in Schwierigkeiten bei ausbleibendem bzw. reduziertem Wachstum, weil die Balance gefährdet wird und der Sinn verloren zu gehen droht, der in der Prosperität darin liegt, eine Volkspartei zu wählen. Unabhängig von der ökonomischen Krise trifft die Volkspartei Kritik, weil sie qualitativen Anforderungen nicht gerecht wird. Ihre besondere Schwäche liegt in der Vertretung einerseits bestimmter

gruppenübergreifender Allgemeininteressen⁵⁶⁾ (für die Umwelt- bzw. Naturpolitik heute das schlagendste Beispiel ist), andererseits profilierter qualitativer Interessen von Teilgruppen (wie z. B. der postmaterialistischen Intelligenz).

b) *Partizipationsdefizite*. Verstaatlichung (z. B. Verflechtung mit öffentlichen Diensten und Verlagerung wichtiger Parteiaktivitäten in den Staatsbereich), Oligarchisierung (als Verlagerung von wichtigen politischen Entscheidungen in die Führungsgremien), Bürokratisierung (als Hierarchisierung und normierte Regelmäßigkeit der Politikabläufe), Mediatisierung (als Orientierung an den Strukturen der Massenmedien) sind nur Stichworte für die innerparteiliche Situation der Volksparteien, die dem Bürger vielfach unmittelbare, effektive Partizipation verwehrt.

c) *Immobilismus*. Das Bild des Tankers (Peter Glotz) charakterisiert zutreffend die geringere Manövrierfähigkeit der Volksparteien überhaupt, nicht nur einer bestimmten. Die Volkspartei paßt sich an die gegebenen Herrschaftsstrukturen (Wirtschaftssystem, Großorganisationen etc.) an und läßt sich von ihnen Grenzen des Handelns diktieren. So sehr sich Volksparteien an die Vielen zu wenden scheinen: Eine Machtverschiebung durch längerfristige Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen ist mit der Struktur von Volksparteien nicht vereinbar. Als eine der etablierten Großorganisationen reduziert sie vielmehr Mobilisierung auf die Erfordernisse des „Parlamentarischen Rituals“⁵⁷⁾. Aktiver gesellschaftlicher Wandel hingegen erfordert Bewußtseinsveränderung und gesellschaftliche Mobilisierung⁵⁸⁾; beides ist mit den Strukturmerkmalen der Volkspartei, wie sie Otto Kirchheimer schon 1965 beschrieben hat⁵⁹⁾, unvereinbar.

⁵⁶⁾ Vgl. z. B. die Kritik bei Hans Herbert v. Arnim, Staatslehre der Bundesrepublik Deutschland, München 1984.

⁵⁷⁾ Vgl. Roland Roth (Hrsg.), Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen, Frankfurt-New York 1980.

⁵⁸⁾ Vgl. Amitai Etzioni, Die aktive Gesellschaft. Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse, Opladen 1975.

⁵⁹⁾ Vgl. Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: PVS, 6 (1965),

⁵⁵⁾ Der Begriff ist von Richard Stöss, der die FDP selbst anders einordnet. Vgl. Richard Stöss, Einleitung: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik — Eine Theorie, in: ders. (Hrsg.), Parteien-Handbuch, Bd. I, S. 17 ff.

d) *Gesellschaftliches Autonomiedefizit*. Die Volkspartei sieht die Gesellschaft wie der Staat selbst: als ein Objekt der Steuerung und als Adressat der Legitimation. Gesellschaft verstanden als Ausgangspunkt und Träger eines demokratischen Prozesses ist damit nicht vereinbar. Der Volkspartei fehlt ein Begriff sinnvoller und notwendiger gesellschaftlicher Autonomie mit allen Risiken für ihre Berechenbarkeitswünsche. Wo der Staat nicht selbst kontrolliert, greift sie daher ein: Richtungskontrolle der Massenmedien, Inszenierung von Leserbriefkampagnen, Kanalisierung von Vereinen, Bürgerinitiativen etc. Dies darf nicht mit gesellschaftlicher Verankerung verwechselt werden, jedenfalls nicht, wenn der Maßstab (relativ) autonomer bzw. authentischer Bedürfnis- und Interessenartikulation vertreten wird.

Ursache der Krise der Volksparteien⁶⁰, die sich in der Verstärkung von Anti-Volksparteien und in der internen Belastung von Volksparteien zeigt, ist die gesellschaftliche Krise in ihrer doppelten Form:

— als sozioökonomische Krise, die einer wirtschaftsliberalen Interessenpartei (FDP) zur Profilierung verhilft und in der rechten Volkspartei (CDU/CSU) den Konflikt zwischen Wirtschaftsflügel und Sozialausschüssen verschärft;

— als soziokulturelle Krise, die ein wachstumskritisches Syndrom parteifähig macht (DIE GRÜNEN) und die linke Volkspartei

S. 20ff. Zu einer jüngeren interessanten Diskussion der Volkspartei vgl. Gordon Smith, *The German Volkspartei and the Career of the Catch-All Concept*, in: Herbert Döring/Gordon Smith (Eds.) (Anm. 41), S. 59ff. Smith erklärt die im westeuropäischen Vergleich besondere Stärke der bundesrepublikanischen Volksparteien aus der Kumulation von zwei Faktoren: einerseits den gesellschaftlichen Veränderungen, wie sie für alle fortgeschrittenen Industriegesellschaften charakteristisch sind, andererseits aus der Stärke bzw. dem Nachwirken problematischer Elemente der politischen Kultur in Deutschland (Konfliktscheu, Staatsorientierung etc.) und der Diskreditierung radikalerer Alternativen auf der Rechten durch das NS-System und auf der Linken durch die DDR („ideologisches Trauma“). Nimmt man als dritten Faktor die Überlagerung soziopolitischer Konfliktlinien hinzu, verfügt man über ein mehrdimensionales Modell, das Variationen in der Ausprägung von Volksparteien erklären könnte.

⁶⁰) Sie wird von linker (vgl. z. B. Josef Esser/Jochim Hirsch, Sind die „Volksparteien“ am Ende? Transformationsprozesse im Parteiensystem der BRD, in: Jürgen W. Falter (Anm. 14), S. 109ff.) wie von eher konservativer Position aus gesehen, vgl. Wilhelm Hennis (Anm. 2) und Rudolf Wildenmann, *Die Zukunft der Partei-Regierung — neu überdacht. Kritische Überlegungen zum Konzept und zur Problemlage*, in: Lothar Albertin/Werner Link (Anm. 12), S. 401ff.

(SPD) zwischen materialistischen und postmaterialistischen Wertorientierungen spaltet.

Trotz aller Differenzierung, Polarisierung und Spaltung ist — berücksichtigt man die Spielräume, über die die Volkspartei verfügt (z. B. und nicht zuletzt: symbolische Integration)⁶¹ — bisher eine „typologische Veränderung“ der Volkspartei bzw. (wie Richard Stöss sie nennt) der „demokratischen Massenlegitimationspartei“ nicht zu erkennen⁶².

Was ereignet sich nun parteientypologisch jenseits der Volkspartei? Während die FDP in wesentlichen Mechanismen heute als „sozioökonomische Interessenpartei“ beschrieben werden kann⁶³, sind DIE GRÜNEN weniger klar zu charakterisieren⁶⁴. Weil ihre Entstehung auch aus einem partiellen Versagen der SPD herzuleiten ist, kann man damit beginnen, sie mit Bezug auf die Defizite der Volksparteien zu kennzeichnen. Sie verstehen sich als Repräsentanten vernachlässigter allgemeiner Interessen (z. B. Umwelt) wie auch spezifischer Interessenlagen (z. B. Marginalisierte). Mit der Leitvorstellung von „Basisdemokratie“ sollen auch Partizipationsdefizite der Volksparteien überwunden werden. Als Bewegungspartei schließlich versuchen sie, dem Immobilismus wie dem gesellschaftlichen Autonomiedefizit von Volksparteien entgegenzuarbeiten.

Aus der Sicht vieler Parteienforscher sind neue bzw. Kleinparteien

1. in ihrer Entstehung aus den Integrationsdefiziten der etablierten Parteien zu erklären und
2. in ihrem Fortdauern davon abhängig, ob die Großpartei in Zukunft Integrationsstrategien verfolgt.

Daß die (Re-)Integration prinzipiell möglich ist, wird dabei unterstellt. Nun gibt es allerdings historische Beispiele dafür, daß Parteien, wollen sie ihre Identität bewahren, eine bestimmte (sicherlich nicht zu eng definierbare) Integrationsgrenze nicht überschreiten können. Die Liberalen beispielsweise konnten auf ihrer strikt marktwirtschaftlichen, individualistischen und staats-neutralen Grundlage die Arbeiterbewegung nicht integrieren. Trotz einiger ideologischer Gemeinsamkeiten überforderten Totalmobilisierung und Totali-

⁶¹) Vgl. allgemein z. B. Murray Edelman, *Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*, Frankfurt-New York 1976.

⁶²) So Richard Stöss (Anm. 55), Einleitung, S. 238.

⁶³) Vgl. Anm. 55.

⁶⁴) Vgl. Bodo Zeuner, *Die Bedeutung der grünen/alternativen Parteien für Parteientheorien und -typologien*, in: Jürgen W. Falter (Anm. 14), S. 119ff.

tarismus der NS-Bewegung das Politikmuster der Konservativen. Heute spricht einiges für die These, es gäbe strukturelle Grenzen für die (Re-)Integration der neuen sozialen Bewegungen durch die SPD.

DIE GRÜNEN sind keine Mächtegern-Volkspartei und auch keine Miniaturausgabe davon. Sie sind als ein besonderer Parteityp zu kennzeichnen, der hier postindustrielle Rahmenpartei genannt wird. Mit der postindustriellen Rahmenpartei erscheint ein Parteityp auf der politischen Bühne, der Themen und Sozialgruppen der postindustriellen Entwicklungsphase in einer bestimmten Struktur zum Ausdruck bringt⁶⁵⁾ („Rahmenpartei“, d. h. ein die Autonomie des Milieus bzw. der Bewegungen respektierender, eher lockerer Organisationsrahmen).

Der funktionale Schwerpunkt dieses Parteityps liegt auf der Interessenvertretung. Die Partei bewegt sich dabei im Spannungsverhältnis allgemeiner Interessen, deren Realisierung allen zugute käme (Umwelt, Frieden etc.), andererseits von gruppen- bzw. milieuspezifischen Interessen, die sich auf die materielle und rechtliche Sicherung alternativer gesellschaftlicher Aktivitäten beziehen (jungendliche Arbeitslose, alternative Ökonomeprojekte, Hausbesetzer etc.).

An den Grundfunktionen der Steuerung und Legitimation — den Schwerpunkten der Volksparteien⁶⁶⁾ — hat die Rahmenpartei Teil, aber doch in einer sehr spezifischen Art, die sich eher mit Interventionsfunktion umschreiben läßt⁶⁷⁾. Die Rahmenpartei interveniert in den industriegesellschaftlichen Prozeß, den sie nicht im ganzen zu steuern oder auf eine völlig neue Grundlage zu stellen vermag (weder als Industriegesellschaft, noch als Kapitalismus), dadurch, daß sie die schlimmsten Konsequenzen dieser Entwicklung abblockt und eine Umorientierung innerhalb

des Systems anstrebt, die dessen Aggressivität, Natur- und Sozialschädlichkeit zu reduzieren sucht.

Dezentralisation, Basisdemokratie und politisch-kultureller Pluralismus⁶⁸⁾ sind Organisationsprinzipien, mit denen die Rahmenpartei einerseits versucht, das Versprechen einzulösen, Offenheit und Funktionsbegrenzung gegenüber der Basis zu praktizieren, und die andererseits in besonderer Weise Bedürfnissen der Intelligenz entgegenkommen. Die Praxis muß zeigen, wieweit Verselbständigung und Entfremdung, Verstaatlichung, Oligarchisierung und Bürokratisierung immanente Tendenzen der Parteiform sind, die sich auch bei guten Vorsätzen nicht oder nur sehr begrenzt beeinflussen lassen⁶⁹⁾.

Die Gegensätzlichkeit von Volkspartei und postindustrieller Rahmenpartei besteht in zweierlei Hinsicht: Zum einen in dem bereits angesprochenen Typ von Interessenvertretung, wobei die Volkspartei im Kern eine Verteilungs- und Legitimationsinstanz auf der Grundlage intendierten ökonomischen Wachstums für einen sozialstrukturell begrenzten Ausschnitt der Gesellschaft darstellt und die postindustrielle Rahmenpartei im Kern eine Interessenvertretung für strukturell im kapitalistischen System vernachlässigte soziokulturelle und ökologische Bedürfnisse ist. Zum anderen beruht der Gegensatz auf organisationsstrukturellen Unterschieden, die mit der Interessengrundlage korrespondieren. Dazu noch einige Gesichtspunkte.

Nur solange der alternative Parteityp Bewegungspartei bleibt, d. h. auch gekennzeichnet ist durch Spontaneität, Direktheit, Expressivität und Beimengung soziokultureller Motive, durch ein bestimmtes Maß an Unberechenbarkeit und immer durch relevante autonome Aktivitäten außerhalb der Partei, wird er sich strukturell und nicht nur durch seine Größe von der Volkspartei unterscheiden.

DIE GRÜNEN werden sich den Charakter einer Bewegungspartei jenseits der Volkspartei nur erhalten können, wenn sie ein Konzept entwickeln, das die (Bewegungs-)Organisation und die Gesamtbewegung in einem Spannungsverhältnis beläßt. Nur in Parteiform aber werden sie andererseits zu dauerhafter, koordinierter Intervention in der Lage sein.

⁶⁵⁾ Vgl. Joachim Raschke, *Jenseits der Volkspartei*, in: *Das Argument*, 25 (1983), S. 54 ff.

⁶⁶⁾ Vgl. Hermann Kaste/Joachim Raschke, *Zur Politik der Volkspartei*, in: Wolf-Dieter Narr (Hrsg.), *Auf dem Weg zum Einparteienstaat*, Opladen 1977, S. 26 ff.

⁶⁷⁾ Jänicke formuliert aus der Bewegung heraus mit großer Klarheit die begrenzten Möglichkeiten dieses Politikansatzes. Vgl. Martin Jänicke, *Ökologische Krise und das Versagen der etablierten politischen Strukturen — 10 Thesen*, in: Hans-Hermann Hartwich (Hrsg.), *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*, Opladen 1983, S. 170 ff., und ders., *Parlamentarische Entwarnungseffekte? Zur Ortsbestimmung der Alternativbewegung*, in: Jörg R. Mettke (Hrsg.), *Die Grünen. Regierungspartner von morgen?*, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 69 ff.

⁶⁸⁾ Vgl. Joachim Raschke (Anm. 65), S. 62 f.

⁶⁹⁾ Zur grundlegenden Kritik der Parteiform vgl. Michael Th. Greven, *Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der Demokratie*, Meisenheim am Glan 1977.

Ulrich von Alemann: Der Wandel organisierter Interessen in der Bundesrepublik. Erosion oder Transformation?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/85, S. 3—21

Organisierte Interessen sind allgegenwärtig im liberaldemokratisch verfaßten politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Organisierte Interessen sind der Vermittlungsstoff zwischen dem Mikrobereich des Individuums und der Makroebene der politischen Institutionen.

Die vergangenen Jahrzehnte waren gekennzeichnet durch einen immer schnelleren Wechsel von Kristallisationskernen öffentlicher Aufmerksamkeit und von Anknüpfungspunkten für eine Organisation von Interessen: Studentenbewegung, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Frauenbewegung, Volkszählungsboykottbewegung. Erleben wir hier einen Zerfall der Integrations- und Organisationskraft großer Gruppen und Verbände wie Gewerkschaften, Parteien, Sportverbände? Oder deuten alle diese Tendenzen auf eine normale Transformation der Organisation von Interessen hin? Die Hauptthese des Beitrags lautet: Gerade der Wandel der Formen organisierter Interessenpolitik ist deren hervorragendes Kennzeichen und ermöglicht ein sensibles Reagieren auf gesellschaftlichen Wandel.

Zunächst wird der recht diffuse Begriff „organisierte Interessen“ eingegrenzt. Dann wird ein Überblick der organisierten Interessen der Bundesrepublik gegeben, um den eigentlichen Gegenstand dem Leser vorzustellen. Schon bei der Übersicht der unterschiedlichen Verbandsformen und -typen wird auf Wandlungstendenzen aufmerksam gemacht. Im nächsten Schritt werden anhand von Leitfragen die wichtigsten Erklärungsversuche aus der wissenschaftlichen Diskussion zur Organisation von Interessen eingeführt. Danach werden mit drei Fallbeispielen — Umweltschutz, Informationsgesellschaft, Parteienfinanzierung — Veränderungen von Form, Inhalt und Methoden organisierter Interessen illustriert. Ein abschließendes Fazit versucht, eine Antwort auf die Eingangsfrage zu formulieren.

Joachim Raschke: Soziale Konflikte und Parteiensystem in der Bundesrepublik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/85, S. 22—39

Wie verarbeiten die Parteien in der Bundesrepublik den stattfindenden Gesellschaftswandel und die alten bzw. neuen soziopolitischen Konfliktlinien? Diese Wechselbeziehung von Gesellschaft und Politik wird in vier Schritten verfolgt: einer knappen Skizze des aktuellen Gesellschaftswandels; einer Analyse der sozial verankerten und politisch wirksamen Konfliktlinien; einer Darstellung des Parteiensystems als politischer Ausdruck alter und neuer sozialer Konfliktlinien; eines Versuchs schließlich über den neuen Parteityp der „postindustriellen Rahmenpartei“, die der weiterhin dominierenden Volkspartei gegenübertritt. Der Gesellschaftswandel wird auf dem Hintergrund eines Übergangs von der industriellen zu einer nachindustriellen Gesellschaft diskutiert. Konflikte entstehen dabei u. a. aus der Ungleichzeitigkeit fortwirkender bzw. sich verschärfender Probleme der industriellen Entwicklung und dem Entstehen sozialer Großgruppen mit verändertem Wert- und Interessenprofil, wie sie für die postindustrielle Phase charakteristisch sind.

Bei der Untersuchung der soziopolitischen Konfliktlinien wird auf die traditionellen, nach wie vor wirksamen Konflikte eingegangen. Im Mittelpunkt steht aber die Frage, ob eine neue soziopolitische Konfliktlinie entstanden und ob sie stabilisierungsfähig ist. Lassen sich die neuen Bewegungen, DIE GRÜNEN und ein Teil der Konflikte in der SPD zurückführen auf eine neue, gesellschaftlich verankerte Spaltungslinie oder sind sie nur Ausdruck kurzfristiger und labiler Wertverschiebungen? Obwohl es hierzu heute noch keine definitiven Antworten geben kann, werden Gründe zusammengetragen, die für die Möglichkeit einer neuen dauerhaften Konfliktlinie sprechen.

Die neuen Herausforderungen verschärfen und erneuern zum Teil Probleme des Parteiensystems, die es schon zuvor hatte. Die Übersetzung von Konfliktlinien in das Parteiensystem verstärkt Immobilismus und Undeutlichkeit. Das alte Problem der strukturellen Asymmetrie zwischen Linken und Rechten taucht unter neuen Bedingungen wieder auf und führt zu einer Demokratie ohne Machtwechsel. Das Ideal des Zweiparteiensystems verblaßt angesichts der Gründe, die heute für ein begrenzt differenziertes Mehrparteiensystem sprechen.

Krise und Kritik der Volksparteien verstärken das Gewicht der Anti-Volksparteien (FDP, DIE GRÜNEN). Mit den GRÜNEN erscheint ein neuer Parteityp, der postindustriellen Entwicklungstendenzen Ausdruck verschafft.